



Nr. 309 | 03.02.2025

Ukraine-Analysen

Sicherheits- und Außenpolitik

ANALYSE	
Eine wacklige Konstruktion bis zur NATO: die bilateralen Sicherheitsabkommen der Ukraine Julia Kazdobina (Foreign Policy Council »Ukrainian Prism« und Ukrainian Foundation for Security Studies)	2
UMFRAGEN	
Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu Sicherheitsfragen	7
DOKUMENTATION	
Liste der bilateralen Sicherheitsabkommen der Ukraine, Januar – Oktober 2024	10
ANALYSE	
Zum »Siegessplan« von Präsident Selenskyj: Probleme der Umsetzung in die Praxis Martin Malek (Wien)	12
DOKUMENTATION	
Selenskyj stellte in der Rada den »Siegessplan« vor, 16. Oktober 2024	16
ANALYSE	
Feministische Außenpolitik für die Ukraine – (k)ein Härtefall? Niklas Balbon (Global Public Policy Institute (GPPi) und Freie Universität Berlin)	19
<hr/>	
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	23

Eine wacklige Konstruktion bis zur NATO: die bilateralen Sicherheitsabkommen der Ukraine

Julia Kazdobina (Foreign Policy Council »Ukrainian Prism« und Ukrainian Foundation for Security Studies)

DOI: 10.31205/UA.309.01

Zusammenfassung

Dieser Artikel untersucht die bilateralen Sicherheitsabkommen, die die Ukraine mit ihren Partnern geschlossen hat, um der russischen Aggression zu begegnen und die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine voranzubringen. Die bilateralen Vereinbarungen, die getroffen wurden, sind zwar rechtlich nicht bindend, schaffen aber einen Rahmen für bilaterale und multilaterale Sicherheitskooperationen. Die Abkommen zielen in erster Linie darauf ab, den militärischen Ausrüstungsbedarf der Ukraine sicherzustellen. Auch wenn die Sicherheit der Ukraine kurzfristig so kaum hergestellt werden kann, sind die Abkommen ein wichtiger Schritt, um eine glaubwürdige Abschreckung aufzubauen und die Ukraine vollumfänglich in ein kollektives Sicherheitskonzept zu integrieren.

Einleitung

Innenpolitisch ambivalent und von der NATO und deren Gipfel 2008 in Bukarest ausgeschlossen, blieb die Ukraine in einer Grauzone der europäischen Sicherheit – auch nach dem Beginn der russischen Besetzung 2014 auf der Krim und im Donbas. Die Vollinvasion 2022 zeigte dann das wahre Ausmaß der russischen Bedrohung und die öffentliche Unterstützung für den NATO-Beitritt stieg in der Ukraine auf 89 Prozent[1]. Am 30. September 2022 unterzeichnete Präsident Selenskyj als Reaktion auf die Entscheidung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, vier weitere ukrainische Regionen zu annektieren, einen Antrag auf beschleunigte Aufnahme in die NATO. Auf dem NATO-Gipfel 2023 in Vilnius erhielt die Ukraine allerdings lediglich das vage Versprechen, in die Allianz eingeladen zu werden, »wenn die Alliierten zustimmen und die Bedingungen erfüllt wurden«.

Angesichts der allgemein herrschenden Auffassung, dass die Ukraine vor einem Ende des Krieges nicht NATO-Mitglied werden wird, begann diese gemeinsam mit ihren Partnern ein Interimssicherheitsgefüge zu errichten. Bis zum 17. Oktober 2024 hat die Ukraine 26 nicht bindende bilaterale Sicherheitsabkommen mit einzelnen Ländern geschlossen, außerdem ein langfristiges Kooperationsabkommen mit Kroatien und Gemeinsame Sicherheitszusagen mit der Europäischen Union. Die Partner der Ukraine errichten zudem ein Netzwerk von »Fähigkeitskoalitionen«, um die Ukraine in ihrem andauernden Kampf zu unterstützen. Wie tragfähig ist dieses Gefüge unter den zunehmend ungewisser werden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen? Und reichen die getroffenen Vereinbarungen, um die Sicherheit der Ukraine kurz- und langfristig zu gewährleisten?

Bilaterale Sicherheitsabkommen

Das Sicherheitsgefüge basiert auf den Empfehlungen des *Kyiv Security Compact* (KSC), den die *Rasmussen-*

Yermak International Working Group on Security Guarantees im September 2022 in Kyjiw vorgestellt hat[2]. Der KSC erkennt an, dass die Ukraine entschieden hat, NATO-Mitglied zu werden, betont jedoch, dass dies eine langfristige Perspektive ist. Bis dahin braucht sie belastbare Sicherheitsgarantien, wobei die Fähigkeit zur Selbstverteidigung als stärkste Sicherheitsgarantie ausgemacht wird. Der KSC sieht vor, dass die Ukraine und ihre Garantiestaaten ein Dokument zur gemeinsamen strategischen Partnerschaft unterzeichnen, das positive Sicherheitsgarantien für die Ukraine und eine Reihe rechtlich bindender bilateraler Sicherheitsvereinbarungen enthält. Diese Garantien sollen die ukrainische Selbstverteidigung ermöglichen, damit die Ukraine einen bewaffneten Angriff oder einen aggressiven Akt abwehren und im Fall eines Angriffs ihre Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit verteidigen kann.

Diese Konstruktion wurde auf dem NATO-Gipfel 2023 in Vilnius vorgestellt, nachdem die dringlichen Forderungen der Ukraine nach NATO-Mitgliedschaft keine unmittelbare Unterstützung fanden. Da eine Einladung in die NATO nicht infrage kam, unterzeichneten die G7-Staaten eine Gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Ukraine[3]. In dieser bekräftigten sie, dass die Sicherheit der Ukraine von zentraler Bedeutung für die Sicherheit der euroatlantischen Region ist, und brachten Verhandlungen mit der Ukraine über bilaterale Sicherheitsmaßnahmen voran, um ihre Unterstützung zu formalisieren. Die Erklärung war offen für andere Länder, die sich ihr anschließen wollten.

Die Vereinbarungen zur Sicherheitskooperation oder BSAs (Bilateral Security Agreements), die aus dieser Initiative hervorgingen, betonen erneut die territoriale Integrität der Ukraine und versprechen, die Ukraine zu unterstützen, »solange es nötig ist«. Indem sie die Notwendigkeit der Abschreckung gegenüber Russland betonen, vollziehen sie einen Bruch mit der nach dem Kal-

ten Krieg entstandenen Vision des einigen und freien Europa. Um ein Signal der andauernden Unterstützung zu senden, haben die Sicherheitskooperationen eine Laufzeit von zehn Jahren und können verlängert werden. Für die Ukraine war es wichtig zu betonen, dass sie kein Ersatz für eine NATO-Mitgliedschaft sind, sondern als Brücke dorthin dienen. Die meisten dieser Vereinbarungen halten fest, dass die Zukunft der Ukraine in der NATO liegt. Deutschland und Italien sind hierzu weniger deutlich, indem sie lediglich ihre Unterstützung der Reformbemühungen in der Ukraine zusagen und betonen, dass diese entscheidend für die NATO-Aufnahmebestrebungen der Ukraine sind. Die ukrainische Regierung präsentiert die Vereinbarungen zwar als Sicherheitsgarantien – tatsächlich verpflichten sie die Partner der Ukraine aber nicht zu entschiedenem Handeln.

Die BSAs enthalten keine rechtlich bindenden Garantien. Weil eine beschleunigte Unterzeichnung der Vereinbarungen nötig war, wurde beschlossen, sie nicht durch die jeweiligen Parlamente ratifizieren zu lassen. Die Sicherheitsvereinbarung zwischen den USA und der Ukraine hat eine Sonderstellung als einzige rechtlich verpflichtende Vereinbarung, die bei den Vereinten Nationen registriert werden wird. Sie ist allerdings eine Regierungsvereinbarung, so dass Präsident Trump sie ohne Zustimmung des Kongresses aufkündigen kann. Außerdem wird sie für ihre schwachen Formulierungen kritisiert, bei denen die USA sehr darauf geachtet haben, sich nicht zu entschiedenem Handeln zu verpflichten^[4].

Die BSAs folgen in den meisten Fällen demselben Muster, bei dem die Partner der Ukraine versprechen, eine breite Palette an militärischer und nichtmilitärischer Hilfe zur Verfügung zu stellen. Versprochen wird etwa Hilfe bei der Entwicklung der Streitkräfte und die Bereitstellung militärischer Unterstützung, Hilfe beim Schutz von kritischer Infrastruktur, der Abwehr von Beeinflussungsmaßnahmen und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie nuklearer und chemischer Bedrohungen, beim Erhalt der wirtschaftlichen Stabilität, der juristischen Verfolgung der russischen Aggressoren und weiterem mehr. Im Gegenzug verspricht die Ukraine, demokratische, wirtschaftliche und militärische Reformen voranzutreiben, ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit der NATO auszubauen und in manchen Fällen auch, ihrerseits militärisch zu unterstützen, sollte Bedarf entstehen. Außerdem verspricht die Ukraine, geheimdienstliche Informationen und Expertise zu teilen.

Zusätzlich zu ihren allgemeinen Bestimmungen enthalten die Vereinbarungen länderspezifische Klauseln. Polen verspricht zum Beispiel die Schaffung einer polnischen Legion – einer militärischen Einheit, die aus in Polen ansässigen Ukrainern besteht, die in Polen trainiert

und ausgestattet werden und nach Kriegsende wieder nach Polen zurückkehren sollen. Schweden verspricht die Bereitstellung von Kontroll- und Überwachungsflugzeugen des Typs ASC 890 sowie des Kampfflugzeugs JAS 39 Gripen inklusive der dafür notwendigen Personalschulungen. Insgesamt stellen die Vereinbarungen einen Rahmen für bilaterale Kooperation dar und sehen vor, dass auf ihnen aufbauend weitere spezifischere Vereinbarungen geschlossen werden können.

Die am 27. Juni 2024 unterzeichneten Gemeinsamen Sicherheitszusagen der Europäischen Union und der Ukraine versprechen Unterstützung bereitzustellen – so lange wie nötig und »so intensiv wie nötig«. Wichtig ist dabei, dass das Dokument zwischen sämtlichen EU-Mitgliedstaaten koordiniert wurde und ihm alle zugestimmt haben, auch diejenigen, die kein BSA mit der Ukraine geschlossen haben. Im Übrigen ergänzen die Sicherheitszusagen die mit Einzelstaaten geschlossenen BSAs. So fordern sie beispielsweise eine »stärkere Kooperation zwischen den Verteidigungsindustrien im Sinne der Strategie der europäischen Verteidigungsindustrie«. Außerdem können sie dabei helfen, die aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten generierten Mittel zur Unterstützung der Ukraine einzusetzen.

Obwohl erklärtes Ziel der Vereinbarungen ist, ein Signal der langfristigen Unterstützung der Ukraine zu senden, geben die meisten Unterzeichner keine Finanzgarantien über 2024 hinaus. Das BSA mit Schweden gehört zu den wenigen mit einem weiteren Horizont und garantiert, dass von 2024 bis 2026 jährlich 2,2 Milliarden Euro Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Auch Dänemark und Norwegen versprechen mit 8,5 Milliarden Euro von 2023 bis 2028 beziehungsweise 6,4 Milliarden Euro von 2023 bis 2027 längerfristige Unterstützung. Die baltischen Länder versprechen, jährlich 0,25 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung zu stellen. Die EU stellte die mit 50 Milliarden Euro ausgestattete sogenannte Ukraine-Fazilität auf, um von 2024 bis 2027 »vorhersehbare finanzielle Unterstützung« für die Ukraine bereitzustellen. Über 2024 hinaus ist die Hilfe in den meisten Fällen Gegenstand innenpolitischer Entscheidungsprozesse. Die kritische Hängepartie um die US-Hilfen zu Beginn des Jahres 2024 und die Versprechen des neuen US-Präsidenten Trump, die Ukraine-Hilfe zu verringern oder gar einzustellen, zeigen die Unsicherheit, die mit diesem Ansatz einhergeht.

Der KSC wurde vor der russischen Teilmobilmachung am 30. September 2022 geschlossen und geht davon aus, dass die Kämpfe irgendwann aufhören und in einen Waffenstillstand und Verhandlungen münden werden. Um dieser Annahme Rechnung zu tragen, enthalten alle BSAs die Bestimmung, dass sich die Unterzeichnerländer im Fall einer erneuten Aggression binnen 24 Stunden mit der Ukraine kurzschließen werden,

um zu entscheiden, was getan werden muss, um die Aggression abzuwehren, und um Hilfe bereitzustellen. Die BSAs sehen ein bilaterales Konsultationsformat vor, erlauben aber auch ein multilaterales. In Anbetracht der Zeit, die zur Koordinierung der Details und bis zum Start der Lieferungen vergeht, scheint das Versprechen alles andere als stark.

Auf dem NATO-Gipfel in Washington im Sommer 2024 unterzeichneten die BSA-Staaten ein Ukraine-Paket, das sämtliche bilateralen Sicherheitsvereinbarungen unter einem gemeinsamen Dach versammelt. Die Unterzeichnerländer erklären ihre Absicht, die Ukraine zu unterstützen, bis sie sich gegen die russische Aggression durchgesetzt hat, und formulieren damit ein spezifischeres Ziel als »solange es nötig ist«. Außerdem geben sie drei Versprechen: die unmittelbaren Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse der Ukraine in bilateralen und multilateralen Formaten (Ramstein-Format, NATO, EU und andere) zu unterstützen, die Bemühungen zum Aufbau einer künftigen ukrainischen Armee, die mit der NATO vereinbar ist, zu beschleunigen und »rasch und auf höchsten Ebenen zusammenzutreten«, sollte die Ukraine nach Beendigung der gegenwärtigen Kriegshandlungen von Russland angegriffen werden.

»Fähigkeitskoalitionen«

Ein anderer Ansatz, der sich mit diesem allerdings teilweise deckt, sind die 2023 gestarteten »Fähigkeitskoalitionen«, die eine höhere Effizienz der von den Partnerländern geleisteten Ukraine-Unterstützung bewirken sollen. Sie funktionieren im Rahmen der Ukraine-Kontaktgruppe, auch bekannt als Ramstein-Format. Diese wurde zwei Monate nach der russischen Vollinvasion unter Führung der USA ins Leben gerufen, um für die unmittelbaren Sicherheitsbedürfnisse der Ukraine Sorge zu tragen und Hilfen zu koordinieren. Bis November 2023 entwickelte sich die Kontaktgruppe zum sogenannten Ramstein-2-Format, dessen Mitglieder einen längerfristigen Ansatz verfolgen. Ursprünglich hatte die Ramstein-Koalition 41 Mitglieder, mittlerweile besteht sie aus über 50 Ländern.

Alle BSA-Unterzeichnerstaaten gehören einer oder mehreren Fähigkeitskoalitionen an, entweder in leitender Rolle oder als Teilnehmer. Insgesamt gibt es acht Fähigkeitskoalitionen zu jeweils spezifischen Ausstattungsbedürfnissen: Artillerie, Luftabwehr, Drohnen, Panzerfahrzeuge, IT und Cybersicherheit, Luftwaffe, maritime Sicherheit und Minenräumung. Bis zum 23. September 2024 sind 34 Länder der Ukraine-Kontaktgruppe verschiedenen Koalitionen beigetreten, darunter auch Nicht-NATO-Staaten wie Australien, Neuseeland und Japan. Im ukrainischen Verteidigungsministerium wurde eine Abteilung zur Koordinierung der Arbeit der Koalitionen geschaffen.

An einer Institutionalisierung der Koalitionen wird bereits gearbeitet. Etliche Koalitionen, etwa die zu Minenräumung, Drohnen und IT, haben Memoranden unterzeichnet, deren Ziel ein gemeinsamer Topf zur Ausrüstungsbeschaffung ist. Bis Ende Dezember 2024 sollten alle Koalitionen einen Mehrjahresplan zur Unterstützung der Ukraine entwickeln. Auf ihrem Treffen in Ramstein am 9. Januar 2025 haben die Fähigkeitskoalitionen acht Roadmaps verabschiedet, die die wichtigsten Ziele der ukrainischen Verteidigungskräfte bis 2027 definieren und als Grundlage für ihre Unterstützung dienen sollen. Priorität hat dabei die Unterstützung der ukrainischen Verteidigungsindustrie. Während angesichts des neuen US-Präsidenten Trump erwartet wird, dass die NATO in der Ukraine-Kontaktgruppe künftig eher eine koordinierende Rolle spielen wird, wird auf Ersuchen der ukrainischen Seite davon ausgegangen, dass das Ramstein-Format, wie auch die Koalitionen, aktiv bleiben wird.

In einer separaten Entwicklung zum Ausbau der militärischen Fähigkeiten der Ukraine brachte das ukrainische Verteidigungsministerium am 20. November 2024 eine Kooperation zwischen der Northern Group und der Ukraine auf den Weg. Der Initiative traten die nordischen und die baltischen Staaten sowie Deutschland, die Niederlande, Polen und Großbritannien bei. Thema der ersten Sitzung waren die dringenden Bedarfe der Ukraine und wie diese so schnell wie möglich erfüllt werden können. Priorisiert wurden Investitionen in die Verteidigungsindustrie der Ukraine.

Rezeption in der Ukraine

In ukrainischen Expertenkreisen werden die BSAs oft als Neuausgabe des Budapester Memorandums bezeichnet, also jenes Dokuments, das die Ukraine 1994 mit Atomwaffen-Staaten unterzeichnet hat, als sie ihren von der Sowjetunion geerbten Bestand an Nuklearwaffen abgab. Dieser Vertrag wird allgemein als nutzlos und unfair angesehen, da seine Unterzeichner der Ukraine ihre Waffen abgenommen haben, ohne ihr zu Hilfe zu kommen oder die Aggression einer Atommacht gegen sie zu stoppen. Diese Sicht ist unpräzise. Die Unterzeichner des Budapester Memorandums haben nicht versprochen, der Ukraine zu helfen, und der Inhalt der bilateralen Vereinbarungen unterscheidet sich grundlegend von dem des Memorandums. Die Unterzeichnerländer des Memorandums haben negative Verpflichtungen übernommen – die Ukraine nicht anzugreifen, sie nicht wirtschaftlich unter Druck zu setzen und so weiter –, die BSA-Unterzeichnerländer gehen positive Verpflichtungen ein. Sie versprechen, die militärischen Fähigkeiten der Ukraine zu stärken und im Fall weiterer Aggression Unterstützung zu leisten. Die BSAs sind definitiv ein Schritt nach vorne, auch wenn sie ange-

sichts des militärischen, wirtschaftlichen und demografischen Übergewichts des Angreifers kaum reichen, um diesen abzuschrecken oder zu stoppen.

Die ukrainische Bevölkerung hat eine positivere Sicht auf die BSAs. Laut einer KIIS-Umfrage im Mai und Juni 2024 glauben 65 Prozent der Ukrainer:innen, dass die Sicherheitsvereinbarungen gut für die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine sind. Die Gesamtsicht auf sie ist allerdings deutlich zurückhaltender[5]. Nur 18 Prozent halten sie für sehr nützlich zur Stärkung der ukrainischen Verteidigungsfähigkeit, 47 Prozent für eher nützlich. 27 Prozent gehen davon aus, dass sie wahrscheinlich keinen deutlichen Einfluss haben oder überflüssig sind. Eine weitere Umfrage vom Dezember 2024 hat ergeben, dass die Ukrainer:innen die Entwicklung von Atomwaffen (31,3 Prozent) und die schrittweise Annäherung an die NATO (29,3 Prozent) vorziehen, um die Sicherheit der Ukraine zu gewährleisten[6].

Der größere Kontext der ukrainischen Bemühungen

Donald Trump als neuer US-Präsident bringt eine Menge Unsicherheit mit sich, sowohl für die Zukunft der NATO als auch für die Aussichten der Ukraine auf Mitgliedschaft in ihr. Nach seiner Wahl hat der designierte Präsident seine früheren Drohungen wiederholt, sich aus der Allianz zurückzuziehen, sollten die europäischen Mitglieder »ihre Rechnungen nicht bezahlen«. Mitglieder seines Teams haben die Idee verbreitet, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verschieben und zu einem Bestandteil des Friedensvertrags mit Russland zu machen, auf den Trump drängt. Auch einige NATO-Länder, unter anderem, aber nicht ausschließlich Deutschland, die Slowakei und Ungarn, könnten den Mitgliedsantrag der Ukraine blockieren, denn ihre Ansichten über den Krieg unterscheiden sich tendenziell sehr von denen der Allianz. Eine NATO-Mitgliedschaft bleibt allerdings das höchste Sicherheitsziel der Ukraine und das Land fordert weiterhin eine Einladung.

Obwohl Russlands »rote Linien«, etwa Angriffe auf russisches Territorium oder die Lieferung von Langstreckenwaffen, schon mehrfach ohne erhebliche Konsequenzen überschritten wurden, verfolgt die NATO nach wie vor die Politik der Vermeidung einer direkten Konfrontation mit Russland. Putins Atomwaffenbesitz und seine Bereitschaft, zur Abschreckung zu nuklearem Säbelrasseln zu greifen, verleiten die Allianz und die USA dazu, Eskalationsmanagement zu betreiben. Die aus dieser Politik resultierenden langsamen Waffenlieferungen und die Beschränkungen für den Einsatz der Waffen fesseln der Ukraine die Arme hinterm Rücken. Die Strategie der NATO, die Mitgliedschaft der Ukraine in der Allianz auf nach dem Krieg zu verschieben, hat schon

zum erwarteten Ergebnis geführt – Russland investiert in eine Verlängerung des Kriegs gegen die Ukraine und macht sich für weitere Aggressionen bereit. Europäische Geheimdienste gehen zunehmend davon aus, dass Russland den Angriff eines NATO-Landes vorbereitet[7].

Die westlichen Länder sind allerdings nicht bereit für einen großen Krieg. Ihre Waffenvorräte sind klein, da sie nach dem Ende des Kalten Krieges beschlossen haben, sich auf das Just-in-time-Prinzip zu verlassen. Ihre Armeen sind klein, sie haben nicht genügend Reserven und ihre Rüstungsindustrie fällt hinter die russische zurück. Bis zum Gipfel in Washington 2024 haben zwar 23 der 32 NATO-Alliierten das Zwei-Prozent-Ziel erreicht. Das ist ein starker Anstieg im Vergleich zu den nur sechs Ländern, die dieses Ziel im Jahr 2021 erreicht haben – allerdings werden zwei Prozent inzwischen als Untergrenze angesehen. Die Erfahrung des Ukraine-Kriegs hat auch gezeigt, dass eine Steigerung der Ausgaben nicht zu schnellen Ergebnissen führt. Obwohl die Munitionsproduktion erhöht wurde, bleibt der Westen noch unter seinen Möglichkeiten. Der Aufbau einer ausgereifteren Rüstungsindustrie erfordert mehr Zeit und Ressourcen.

Während die Ukraine weiter kämpft, ist ihre Bevölkerung immer erschöpfter vom Krieg. Zwischen Oktober und Dezember 2024 ist der Anteil der Ukrainer:innen, die für den Frieden territoriale Zugeständnisse machen würden, von 32 auf 38 Prozent gewachsen (ein Jahr zuvor lag er bei 19 Prozent). Diesen Trend gibt es in allen Regionen, auch wenn laut einer Umfrage des Kyjiver Internationalen Instituts für Soziologie eine knappe Mehrheit überall weiterhin stark gegen territoriale Zugeständnisse ist[8]. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass territoriale Konzessionen zu Frieden führen werden, denn Russlands hinter den Begriffen Entmilitarisierung und Entnazifizierung verstecktes Ziel ist weiterhin, die Souveränität und Identität der Ukraine zu zerstören, und seine Fähigkeit zur Kriegsführung ist nicht erschöpft. Frieden kann also nur erreicht werden, indem zuerst die russische Aggression gestoppt und dann eine wirksame Abschreckung gegen sie errichtet wird.

Fazit

Die russische Aggression gegen die Ukraine markiert eine wesentliche Zäsur in den letzten 30 Jahren europäischer Geschichte, in denen ein großer zwischenstaatlicher Krieg auf europäischem Boden für unmöglich gehalten wurde. Die neue Realität und die Neubewertung der russischen Bedrohung hat einige westliche Länder dazu bewegt, ihre Sicherheitspolitik zu überdenken und der Ukraine zu helfen. Die psychologische wie auch die praktische Anpassung an die neue Realität kommen allerdings nur langsam voran. Die großangelegte russi-

sche Invasion in die Ukraine geht in ihr viertes Jahr und die europäischen Länder befinden sich in einer unsicheren Situation. Ihre militärischen Kapazitäten sind ungenügend und der wichtigste NATO-Verbündete droht offen damit, die Allianz zu verlassen.

Unter diesen Bedingungen erscheint der flexible Rahmen, der aus den ukrainischen Sicherheitsbemühungen resultiert, hinsichtlich seiner Mechanismen ideal. Er erlaubt bilaterale und multilaterale Kooperationen unter willigen Staaten ohne die Notwendigkeit zum Konsens. Die Vereinbarungen helfen der Ukraine, sich gegen die fortgesetzte russische Aggression zu verteidigen, und bringen sie der NATO durch eine höhere Interoperabilität und Reformen näher. Die Fähigkeitskoalitionen ermöglichen die koordinierte Bereitstellung kurz- und mittelfristig notwendigen Equipments. Die Kooperation der Northern Group und der Ukraine ergänzt diese, indem sie Investitionen in die ukrainische Verteidigungsindustrie priorisieren. Die im Ukraine-Pakt versammelten BSAs konzentrieren sich auf gegenwärtige Hilfe, die Entwicklung zukünftiger Stärke und eine gemeinsame Antwort auf eine erneute Aggression. Außerdem stellen sie den ersten Schritt hin zu einer

neuen Sicherheitsordnung in Europa dar, die gegenüber Russland nicht auf Integration, sondern auf Abschreckung setzt.

Die BSAs haben zwar mehr Substanz als das Budapest Memorandum, dennoch besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen ihrem erklärten Ziel und der Realität. Zur Abschreckung der russischen Aggression gegen europäische Staaten wäre die gesamte NATO nötig. Stattdessen wird von der Ukraine erwartet, dass sie diese Abschreckung alleine leistet, mit nur langsamer und unsicherer Hilfe durch ihre Partner. Diese Erwartung erscheint unrealistisch. Das Ausmaß der Unterstützung, die die Alliierten zu leisten bereit und zu der sie in der Lage sind, hängt jedoch davon ab, inwieweit sie sich und ihre Fähigkeiten auf das Ausmaß des Risikos eingestellt haben. Die Ukraine sollte die Gelegenheit nutzen, im Rahmen der Vereinbarungen Sicherheitskooperationen zu entwickeln, und gleichzeitig weiter Lobbyarbeit betreiben und sich auf ihre Aufnahme in den gemeinsamen Sicherheitsrahmen vorbereiten.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autorin

Julia Kazdobina ist Senior Fellow am Foreign Policy Council »Ukrainian Prism« und Leiterin der Ukrainian Foundation for Security Studies. Zu ihren Forschungsinteressen gehören die ukrainische und europäische Sicherheit, die hybride Kriegsführung Russlands und Russlands Strategie im gegenwärtigen Krieg.

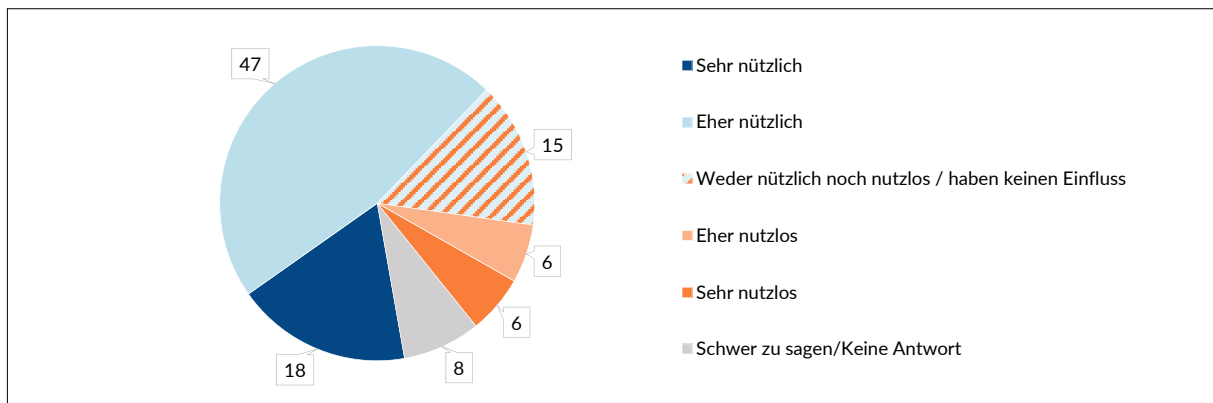
Verweise

- [1] "Ukrainian Support for NATO and Demand for Inclusive Democracy Reach Record Highs", Kyjiwer Internationales Institut für Soziologie, 30. Juni 2023, <https://www.kiis.com>.
- [2] "The Kyiv Security Compact", Working Group On International Security Guarantees for Ukraine, 13. September 2022, https://www.president.gov.ua/storage/j-files-storage/01/15/89/41fd0ec2d72259a561313370cce1be6e_1663050954.pdf.
- [3] G7: Joint declaration of support for Ukraine, 12. Juli 2023, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/07/12/g7-joint-declaration-of-support-for-ukraine/>.
- [4] Jack Goldsmith, „Some Thoughts on the Weak U.S.-Ukraine Security Agreement“, Lawfare, 14. Juni 2024, <https://www.lawfaremedia.org/article/some-thoughts-on-the-weak-u.s.-ukraine-security-agreement>.
- [5] "Perception of Security Agreements by Ukrainians", Kyjiwer Internationales Institut für Soziologie, 5. Juli 2024, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&tid=1419&page=1>.
- [6] "Foreign policy and security. Opinions of Ukrainian Society", New Europe Center, 10. Dezember 2024, <https://neweurope.org.ua/en/analytics/zovnishnya-polityka-i-bezpeka-nastroyi-ukrayinskogo-suspilstva/>.
- [7] Andrius Sytas, "Russia preparing for military confrontation with West, says Estonia," Reuters, 14. Februar 2024, <https://www.reuters.com/world/europe/russia-preparing-military-confrontation-with-west-says-estonia-2024-02-13/>. Angela Skujins, "Russia could attack NATO by end of decade, German intelligence chief warns," Deutsche Welle, 15. Oktober 2024, <https://www.euronews.com/my-europe/2024/10/15/russia-could-attack-nato-by-end-of-decade-german-intelligence-chief-warns>.
- [8] "Dynamics of Readiness for Territorial Concessions and the Factor of Security Guarantees for Reaching Peace Agreements", Kyjiwer Internationales Institut für Soziologie, 3. Januar 2025, <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&tid=1465&page=1>.

UMFRAGEN

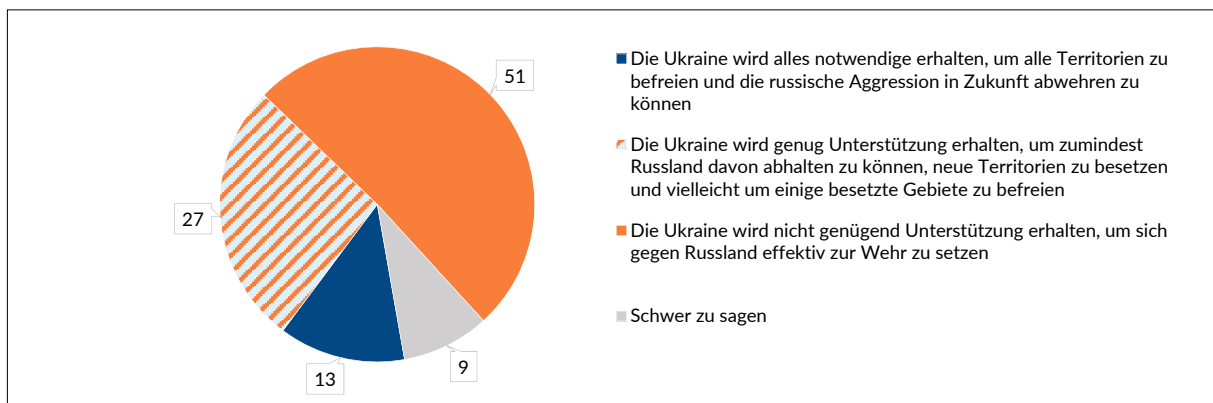
Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu Sicherheitsfragen

Grafik 1: In diesem Jahr hat die Ukraine bereits mehrere Sicherheitsabkommen unterzeichnet und verhandelt mit anderen Ländern. Wie nützlich sind diese Abkommen Ihrer Meinung nach für die Stärkung der Verteidigungskapazitäten der Ukraine? (in %)

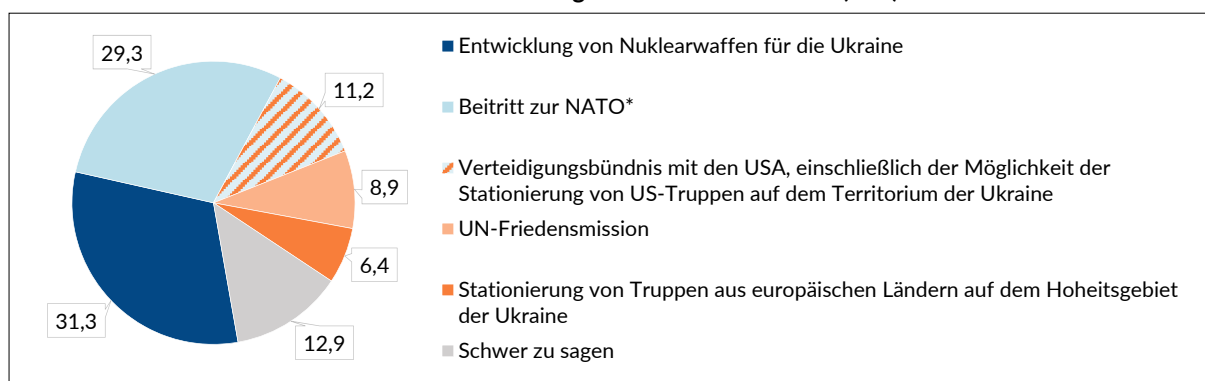


Quelle: KIIS: Die Wahrnehmung von Sicherheitsabkommen in der Ukraine, 05.07.2024, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1419&page=2>.

Grafik 2: Was ist Ihr Eindruck von diesen Abkommen? (in %)



Quelle: KIIS: Die Wahrnehmung von Sicherheitsabkommen in der Ukraine, 05.07.2024, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1419&page=2>.

Grafik 3: Was halten Sie für die beste Sicherheitsgarantie für die Ukraine? (in %)

* mit der Einschränkung, dass sich die Verteidigung der NATO nur auf das von der Ukraine kontrollierte Gebiet erstreckt, selbst wenn sie zum Zeitpunkt des Beitritts nicht alle Teile ihres Territorium kontrolliert

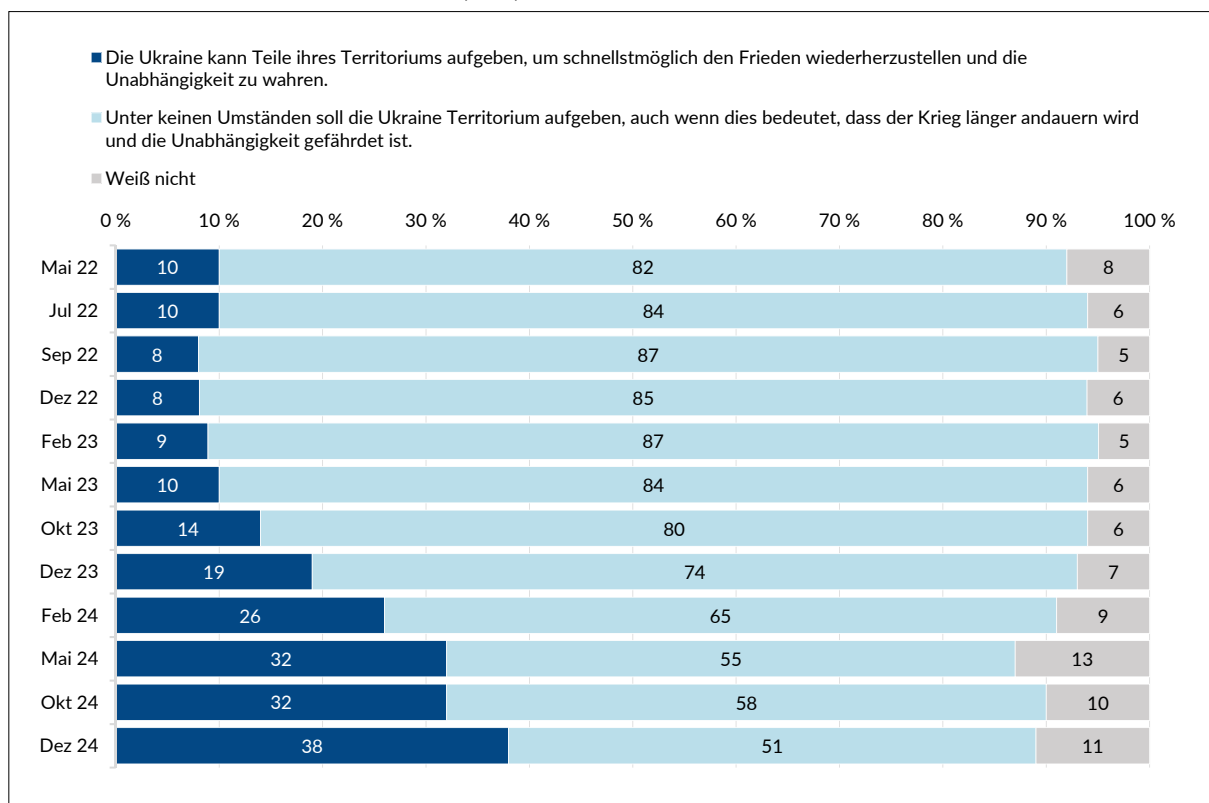
Quelle: New Europe Center: Foreign policy and security. Opinions of Ukrainian Society, 10.12.2024, https://neweurope.org.ua/wp-content/uploads/2024/12/Annual-Opinion-Poll-Results_eng_print.pdf.

Tabelle 1: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, den Krieg zu beenden. Ich lese Ihnen nun eine Option vor, und Sie sagen mir, wie Sie darauf reagieren würden (in %)

	Datum	Es ist einfach, hier einen Kompromiss zu finden	Es wäre schwierig zu akzeptieren, aber möglich	Absolut inakzeptabel	Schwer zu sagen
Paket Nr. 1: <ul style="list-style-type: none"> Russland behält die Kontrolle über alle derzeit besetzten Gebiete. Die Ukraine verzichtet auf den NATO-Beitritt. Die Ukraine wird Mitglied der Europäischen Union und erhält vom Westen die notwendige finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau. 	Juni 2024	8	30	54	8
	Dez. 2024	7	34	47	12
Paket Nr. 2: <ul style="list-style-type: none"> Russland behält die Kontrolle über die besetzten Gebiete der Oblaste Saporischschja, Cherson, Donezk und Luhansk sowie der Krym. Die Ukraine erkennt dies jedoch nicht offiziell an. Die Ukraine wird Mitglied der NATO und erhält echte Sicherheitsgarantien. Die Ukraine wird Mitglied der Europäischen Union und erhält vom Westen die notwendige finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau. 	Juni 2024	10	37	38	15
	Dez. 2024	18	46	21	15
Paket Nr. 3: <ul style="list-style-type: none"> Russland behält die Kontrolle über die besetzten Gebiete der Oblaste Donezk und Luhansk sowie über die Krym. Die Ukraine erkennt dies nicht offiziell an. Die Ukraine erhält die volle Kontrolle über die Regionen Saporischschja und Cherson zurück. Die Ukraine wird Mitglied der NATO und erhält echte Sicherheitsgarantien. Die Ukraine wird Mitglied der Europäischen Union und erhält vom Westen die notwendige finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau. 	Juni 2024	20	37	33	10
	Dez. 2024	16	44	26	15

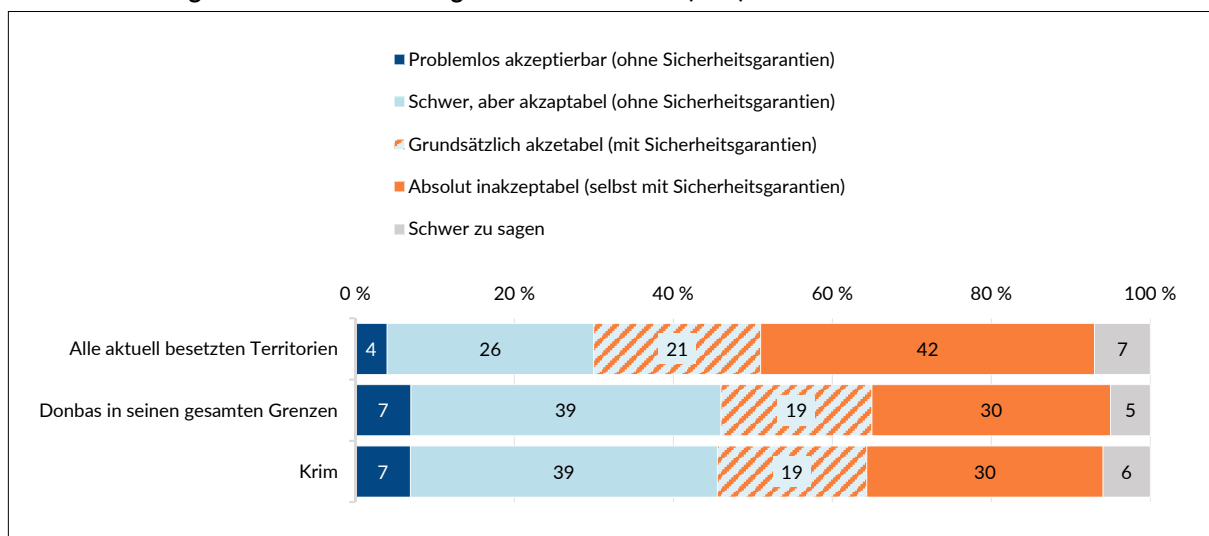
Quelle: KIIS: »Dynamics of readiness for territorial concessions and the factor of security agreements for reaching peace agreements«, 03.01.2025, <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1465&page=1>.

Grafik 4: Welcher dieser Aussagen über mögliche Kompromisse zur Erreichung des Friedens mit Russland stimmen Sie am ehesten zu? (in %)



Quelle: KIIS: »Dynamics of readiness for territorial concessions and the factor of security agreements for reaching peace agreements«, 03.01.2025, <https://kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1465&page=1>.

Grafik 5: Bereitschaft, territoriale Zugeständnisse zu akzeptieren, um den Krieg zu beenden und eine NATO-Mitgliedschaft / Sicherheitsgarantien zu erhalten (in %)



Quelle: KIIS: »Dynamics of readiness for territorial concessions and the factor of security guarantees for reaching peace agreements«, 12.11.2024, <https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1447&page=1>.

DOKUMENTATION

Liste der bilateralen Sicherheitsabkommen der Ukraine, Januar – Oktober 2024

Liste der bilateralen Sicherheitsabkommen der Ukraine, Januar – Oktober 2024

Land	Datum der Unterzeichnung	Quelle
Großbritannien	12. Januar 2024	Agreement on Security Co-operation between the United Kingdom of Great Britain & Northern Ireland and Ukraine https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-mizh-ukrayinoyu-ta-88277
Frankreich	16. Februar 2024	Agreement on security cooperation between Ukraine and France https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-mizh-ukrayinoyu-ta-89005
Deutschland	16. Februar 2024	Agreement on security cooperation and long-term support between Ukraine and the Federal Republic of Germany https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-ta-dovgostrokovu-p-88985
Dänemark	23. Februar 2024	Agreement on security cooperation and long-term support between Ukraine and Denmark https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-ta-dovgostrokovu-p-89185
Kanada	24. Februar 2024	Agreement on security cooperation between Ukraine and Canada https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-mizh-ukrayinoyu-ta-89233
Italien	24. Februar 2024	Agreement on security cooperation between Ukraine and Italy https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-mizh-ukrayinoyu-ta-89245
Niederlande	1. März 2024	Agreement on security cooperation between Ukraine and the Netherlands https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-mizh-ukrayinoyu-ta-89461
Finnland	3. April 2024	Agreement on security cooperation and long-term support between Ukraine and the Republic of Finland https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-ta-dovgostrokovu-p-90021
Lettland	11. April 2024	Agreement between Ukraine and the Republic of Latvia on long-term support and security commitments https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-mizh-ukrayinoyu-ta-latvijskoyu-respublikoyu-pro-dovgos-90189
Spanien	27. Mai 2024	Agreement on Security Cooperation between Spain and Ukraine https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-mizh-ukrayinoyu-ta-91145
Portugal	28. Mai 2024	Ukraine Has Signed a Bilateral Security Agreement with Portugal https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-uklala-dvostoronnyu-bezpekovu-ugodu-z-portugaliyeyu-91193
Belgien	28. Mai 2024	Agreement on Security Cooperation and Long-Term Support between the Kingdom of Belgium and Ukraine https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobitnictvo-u-sferi-bezpeki-ta-dovgostrokovu-p-91169
Schweden	31. Mai 2024	Ukraine and Sweden Signed a Security Agreement https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-ta-shveciya-pidpisali-bezpekovu-ugodu-91233
Norwegen	31. Mai 2024	Ukraine Signed a Security Agreement with Norway https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-uklala-bezpekovu-ugodu-z-norvegiiyeyu-91249

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Liste der bilateralen Sicherheitsabkommen der Ukraine, Januar – Oktober 2024 (Fortsetzung)

Land	Datum der Unterzeichnung	Quelle
Island	31. Mai 2024	Ukraine and Iceland Signed a Security Agreement https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-j-islandiya-uklali-bezpekovu-ugodu-91245
Vereinigte Staaten	13. Juni 2024	Ukraine and the U.S. Signed a Bilateral Security Agreement https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-ta-ssha-uklali-dvostoronnyu-bezpekovu-ugodu-91513
Japan	13. Juni 2024	Ukraine Signed a Bilateral Security Accord with Japan https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-uklala-dvostoronnyu-bezpekovu-ugodu-z-yaponiyeyu-91485
Estland	27. Juni 2024	Ukraine and Estonia Signed the Bilateral Security Agreement https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-ta-estoniya-uklali-dvostoronnyu-bezpekovu-ugodu-91817
Litauen	27. Juni 2024	Ukraine and Lithuania Signed a Security Agreement https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-uklala-bezpekovu-ugodu-z-litvoyu-91821
Europäische Union	27. Juni 2024	Ukraine and the EU Signed the Joint Security Commitments https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-ta-yes-pidpisali-spilni-bezpekovi-zobovyzannya-91813
Polen	8. Juli 2024	Agreement on Security Cooperation between Ukraine and the Republic of Poland https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobotnictvo-u-sferi-bezpeki-mizh-ukrayinoyu-ta-92009
Luxemburg	10. Juli 2024	Agreement on security cooperation and long-term support between Ukraine and the Grand-Duchy of Luxembourg https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobotnictvo-u-sferi-bezpeki-ta-dovgostrokovu-p-92057
Rumänien	11. Juli 2024	Agreement on Security Cooperation Between Ukraine and Romania https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobotnictvo-u-sferi-bezpeki-mizh-ukrayinoyu-ta-92117
Tschechien	18. Juli 2024	Agreement on Security Cooperation and Long-Term Support Between Ukraine and the Czech Republic https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobotnictvo-u-sferi-bezpeki-ta-dovgostrokovu-p-92237
Slowenien	18. Juli 2024	Agreement on Security Cooperation and Long-Term Support Between Ukraine and the Republic of Slovenia https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-spivrobotnictvo-u-sferi-bezpeki-ta-dovgostrokovu-p-92241
Kroatien	9. Oktober 2024	Agreement on Long-Term Cooperation and Support between Ukraine and the Republic of Croatia https://www.president.gov.ua/en/news/ugoda-pro-dovgostrokove-spivrobotnictvo-ta-pidtrimku-mizh-uk-93733

Quelle: Offizielle Webseite des ukrainischen Präsidenten, Nachrichtenmeldungen über abgeschlossene Abkommen, <https://www.president.gov.ua/en/news/all>.

Zum »Siegesplan« von Präsident Selenskyj: Probleme der Umsetzung in die Praxis

Martin Malek (Wien)

DOI: 10.31205/UA.309.02

Zusammenfassung

Im Oktober 2024 stellte Präsident Selenskyj den sogenannten Siegesplan vor, der die offiziellen Vorstellungen der ukrainischen Führung zur Verteidigung gegen den russischen Angriffskrieg sowie für die Zeit nach dessen Ende zusammenfasst. Der wohl zentrale Punkt ist die – wenngleich lange bekannte – Absicht der Ukraine, der NATO beizutreten. Dieser stehen allerdings zahlreiche Hindernisse entgegen.

Der »Siegesplan«, den der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj im Oktober 2024 der Öffentlichkeit präsentierte (President of Ukraine, 2024), besteht aus fünf Punkten:

1. Beitritt der Ukraine zur NATO.
2. Verteidigung der Ukraine: Das meint eine Stärkung der Positionen des ukrainischen Militärs auf dem Territorium Russlands, um die Schaffung von Pufferzonen auf ukrainischem Gebiet zu vermeiden; eine Aufhebung der Beschränkungen für ukrainische Angriffe mit westlichen Waffen innerhalb Russlands; eine Stärkung der ukrainischen Luftverteidigung; einen Zugang zu nachrichtendienstlich relevanten Satellitendaten der Partnerländer der Ukraine in Echtzeit, eine Stärkung der Positionen der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der Ukraine; und eine Zerstörung des russischen Offensivpotenzials auf dem besetzten Gebiet der Ukraine.
3. Abschreckung Russlands: Ein umfassendes nicht-nukleares strategisches »Paket« zur Abschreckung der Aggression Russlands auf dem Territorium der Ukraine.
4. Strategisches Wirtschaftspotenzial: Investitionen internationaler Partner in die Gewinnung strategisch wichtiger ukrainischer Bodenschätze wie Uran, Titan, Lithium, Graphit usw.
5. Sicherheitspolitik: Bezieht sich bereits auf die Zeit nach dem Krieg. Im Fall entsprechender Vereinbarungen könnten ukrainische Einheiten einzelne in Europa stationierte US-Militärkontingente ersetzen.

Dazu kamen drei geheime Anhänge, aus denen aber in der Folge verschiedene Einzelheiten bekannt wurden, wie z. B. der Wunsch, von den USA Marschflugkörper des Typs »Tomahawk« (mit einer Reichweite von bis zu 2.500 Kilometern) geliefert zu bekommen, um Ziele tief im russischen Hinterland angreifen zu können (The Kyiv Independent, 2024). In der vorliegenden Analyse soll es vorrangig um den ersten Punkt gehen – dem Beitritt der Ukraine in die NATO.

Weshalb die Ukraine auf die NATO setzt

Die Ukraine sieht den raschen Beitritt zur NATO als effektivste Sicherheitsgarantie. Doch bereits hier beginnen die Probleme. Mit Stand Ende Oktober 2024 waren zumindest sieben Mitgliedsländer der NATO (USA, Deutschland, Ungarn, Slowakei, Belgien, Slowenien, Spanien) skeptisch gegenüber einer solchen Einladung oder lehnten sie überhaupt ab. Mitte Januar 2025 hob Selenskyj die USA, Deutschland, Ungarn und die Slowakei hervor (RBC-Ukraine, 2025). Bedeutend ist neben den USA natürlich vor allem auch die Position Deutschlands – und diese steht in der Tradition seiner langjährigen Russland-Politik. So trat die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest unter Hinweis auf die sehr kritische Position Russlands vehement gegen einen Beitritt der Ukraine und Georgiens auf – und setzte sich durch. Davon fühlte sich Wladimir Putin (wenngleich damals gerade nicht Präsident, sondern Premierminister) natürlich ermutigt: Nur wenige Monate später, im August, fiel Russland in Georgien ein und zerschlug dessen territoriale Integrität »endgültig«, indem es die bereits seit Beginn der 1990er Jahre separatistischen Provinzen Südossetien und Abchasien, die zusammen ca. 18 % der Fläche Georgiens einnehmen, militärisch besetzte und als »unabhängige Staaten« anerkannte (de facto waren sie schon lange zuvor von Moskau kontrolliert worden). Ein vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy in seiner damaligen Eigenschaft als Vorsitzender des Europäischen Rates vermittelter Sechspunkte-Plan sah u. a. einen Rückzug der Streitkräfte Georgiens und Russlands auf den Stand von vor diesem sogenannten »Fünftagekrieg« vor, doch dachte Moskau nicht daran, ihn umzusetzen – und zwar bis heute. Die EU kümmerte sich in der Folge nicht weiter darum, d. h. sie übte weder politischen Druck auf Russland aus noch verhängte sie wirtschaftliche Sanktionen. Moskau war also aus seiner Sicht »ungestraft davongekommen«, was es als Ansporn für künftige Militärinterventionen interpretierte, wie ab Februar 2014 auf der ukrainischen

Krim und im Donbas sowie ab Februar 2022 vollumfänglich in der gesamten Ukraine zu »besichtigen« war. In Kyjiw wiederum zog man aus diesen Vorgängen den Schluss, dass im Westen verschiedentlich diskutierte, mit Moskau auszuhandelnde Varianten wie »Minsk 3« oder »Budapest 2« keine Sicherheit vor Russland bieten, sondern letztlich nur ein Beitritt zur NATO mit ihrer Beistandsklausel. Das Ziel der NATO beizutreten war bereits 2019 in die Verfassung aufgenommen worden.

Deutschlands Ostpolitik als Hürde auf Kyjiws Weg in die NATO

Auch und gerade die Wirtschaftsgroßmacht Deutschland hätte es ab 2008 durchaus in der Hand gehabt, Russland zu »zügeln«, arbeitete stattdessen aber sogar Putin zu – so u. a. dadurch, dass Berlin (und zwar trotz heftiger Kritik insbesondere von den EU-Mitgliedern Ostmitteleuropas) den Bau der Erdgaspipelines Nord Stream I und II, die nichts anderes waren als ein geopolitisches Projekt des Kremls, umsetzte. Nord Stream I wurde 2011 eröffnet und half Moskau, unter Umgehung der Ukraine und Polens Erdgas direkt nach Deutschland zu pumpen und dadurch viele Milliarden Euro zu verdienen, die in die Finanzierung von Militär und Rüstung, der Geheimdienste und überhaupt des ganzen Putin-Regimes flossen.

Merkels Nachfolger Olaf Scholz (SPD), der nach Kriegsbeginn im Februar 2022 die »Zeitenwende« ausgerufen hatte, sprach sich im Oktober 2024 gegen eine Einladung der Ukraine zum NATO-Beitritt aus. Zudem bemängelte er, dass die »Definition eines Sieges« der Ukraine weiterhin »unklar« sei (Zoria, 2024). Selenskyj zeigte sich all dessen bewusst. Es sei aber wichtig, dass die Ukraine noch während des Krieges eine Einladung erhalte, auch wenn sie wohl erst nach dessen Ende beitreten werde (Lau et al., 2024). Auch wiederholte Scholz seine lange bekannte Ablehnung der Lieferung von deutschen »Taurus«-Raketen an die Ukraine, weil er weiterhin eine »Eskalation« des Krieges befürchtete – wie wenn eine solche überhaupt vom *Verteidiger* und nicht ausschließlich vom *Aggressor* ausgehen könnte. Jedenfalls hilft Deutschland mit dieser seiner Position gewollt oder ungewollt Russland und dessen Krieg gegen die Ukraine. Scholz kann sie aber kaum noch ändern, weil er damit eingestehen würde, dass er die ganze Zeit vorher falsch lag. Zudem gedenkt er von dem Umstand abzulenken, dass Deutschland *gar keinen vollständigen Sieg der Ukraine will* – wie immer ein solcher zu bestimmen wäre (eine sehr naheliegende Definition wäre eine Vertreibung ausnahmslos aller russischer Soldaten von ukrainischem Territorium). Einer der wichtigsten Gründe dafür ist, dass große Teile der deutschen (und überhaupt westeuropäischen) politischen Eliten für einen solchen Fall »Instabilität« in Russland oder sogar

dessen »Zerfall« befürchten (was sich freilich eindeutig nicht abzeichnet). Der britische »Daily Telegraph« meinte: »An invitation would not automatically allow Ukraine into NATO, but it would send a clear statement of intent to Vladimir Putin about the West's resolve in defeating Russia« (Rothwell, 2024). Aber genau dieses Signal will der Westen ja *nicht* senden.

Eine weitere für die Ukraine höchst unerfreuliche Wahrheit ist: Fast alle westeuropäischen Politiker und Parteien machen sich sehr viel mehr Sorgen um ihre Ergebnisse bei Wahlen (die immer irgendwo bevorstehen) als um Existenz und Schicksal der Ukraine. Und für Wahlkämpfe ist »Friedensrhetorik« sehr oft nützlich – auch wenn sie letztlich wiederum ausgerechnet dem Militaristen Putin nützt. Am 23. Februar 2025 finden in Deutschland vorgezogene Bundestagswahlen statt – und mehrere Parteien führen einen »Friedenswahlkampf«, was fast zwangsläufig zulasten der Ukraine geht. Es steht zu erwarten, dass diese Parteien die Ukraine »opfern« werden, wenn sie zu dem Schluss kommen sollten, dass das erforderlich ist, um an Popularität zuzulegen.

Westliche Parteien und Politiker gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine

Moskau hat längst ihm nahestehende Politiker und Parteien in Europa und Nordamerika gegen alle Bemühungen der Ukraine mobilisiert, sich an die NATO anzunähern. Es sind das natürlich nicht zufällig weitgehend die gleichen politischen Kräfte, die seit dem Beginn des russischen Großangriffs am 24. Februar 2022 ständig vor einer »Eskalation« warnen und damit militärische und sonstige Unterstützung an die Ukraine verhindern wollen. Gleichzeitig haben diese Kräfte wenig bis nichts am Völkermord, den Russland in der Ukraine verübt, und der Unterstützung Chinas, des Iran und Nordkoreas (das im Oktober 2024 Truppen nach Russland entsandte, um gegen die Ukraine zu kämpfen) für den russischen Krieg auszusetzen. Es wäre an der Zeit, in Politik, Medien, Sozialwissenschaften usw. offen anzusprechen, dass es das Ziel dieser Kräfte ist, zum militärischen Sieg Russlands über die Ukraine beizutragen, von dem sie sich politische, propagandistische und finanzielle Vorteile versprechen. In genau diesen Kreisen ist auch die Parole vom »Frieden mit Russland« sehr populär. Jene, die sie verbreiten, wollen damit suggerieren, dass dieser »Frieden« nicht etwa *von Russland* abhängt (das den Krieg natürlich jederzeit beenden könnte), sondern *vom Westen*; und jene Länder, die von Russland schon angegriffen wurden und möglicherweise noch werden, sollen sich nicht wehren. Diese »Fünfte Kolonne« Moskaus im Westen ist sehr aktiv – und zwar bevorzugt (aber eben nicht nur) in links- und rechtsradikalen Parteien sowie in Interessenvertretungen, Organisationen, Gruppen

und Initiativen mit dem Ziel, die öffentliche Meinung in ihrem jeweiligen Land zugunsten Russlands (und damit zwangsläufig gegen die Ukraine) zu beeinflussen.

Die Ukraine, die NATO und Trump

Nicht einmal dann, wenn Russland – z. B. auf Druck bzw. unter Vermittlung des neuen und alten US-Präsidenten Donald Trump – seinen Krieg sofort beenden würde, wäre eine baldige Einladung der Ukraine zum NATO-Beitritt realistisch: Putins faktischer Verbündeter Viktor Orbán, Ministerpräsident Ungarns, würde einen solchen nicht gutheißen – er nannte Selenskyjs Siegesplan »mehr als schrecklich« (Körömi, 2024). Und auch bei der Slowakei (deren Premierminister Robert Fico warnte, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine »eine gute Basis für den Dritten Weltkrieg« wäre und er einem solchen »niemals zustimmen« würde; Lau u. a., 2024) und der Türkei sind massive Zweifel angebracht.

Es gab allerdings auch Unterstützung für den Siegesplan, doch diese stieß in den westlichen Medien nur auf sehr wenig Resonanz. So verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Mitglieder der Joint Expeditionary Force (JEF), also Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, der Niederlande, Norwegen, Schweden und Großbritannien, bei einem Treffen am 17. Dezember 2024 in der estnischen Hauptstadt Tallinn eine Erklärung, in der es u. a. hieß: *“We reiterate that Ukraine’s victory is vital to all our security and the preservation of rules based international order [...]. We reaffirmed our unwavering and longstanding support for a sovereign Ukraine and its people for as long as it takes.”* Und weiter:

“We supported the underlying principles of the Victory Plan proposed by President Volodymyr Zelenskyy and are working with Ukraine to contribute to its implementation. We reiterated that a comprehensive, just, and lasting peace requires full and unconditional withdrawal of all Russian forces and military assets from the entire territory of Ukraine within its internationally recognised borders.” (Joint Expeditionary Force 2024).

Verschiedentlich wurde in Westeuropa ein NATO-Beitritt nicht der »ganzen« Ukraine in die Diskussion gebracht (womit sich die Beistandspflicht nach Artikel 5 des NATO-Vertrages nicht auf die russisch besetzten Territorien erstrecken würde). Doch würde das die Opposition der genannten Länder kaum (oder gar nicht) mindern und zudem zahlreiche Probleme der praktischen Umsetzung aufwerfen: Was würde etwa geschehen, wenn sich Russland um eine bestehende Frontlinie nicht kümmert und weiter vormarschiert?

Die Rückkehr Trumps in das Weiße Haus bedeutet eine signifikante Änderung der weltpolitischen Rahmenbedingungen, die auch und gerade die Ukraine betreffen. Er hat immer wieder angekündigt, die US-

Unterstützung für das Land einzustellen oder zurückzufahren. Das wäre nur folgerichtig, verhehlten doch er und sein Vizepräsident JD Vance ihre »Bewunderung« für Putin kaum. Zudem polemisierten sie ständig gegen die Ukraine, machten sie selbst für den Krieg verantwortlich (Slattery, 2024) und behaupten auch sonst kuriose Dinge (wie dass sie den Krieg »innerhalb von 24 Stunden beenden« könnten). Aber auch wenn Trumps demokratische Gegenkandidatin Kamala Harris die Präsidentenwahl für sich entschieden hätte, wäre die Ukraine der NATO noch lange nicht beigetreten: Der Westen hat einfach zu viel Angst vor Russland – im offenkundigen Unterschied zur Ukraine, deren Mut vielen im Westen völlig unverständlich, ja geradezu unheimlich ist – und zwar insbesondere deswegen, weil man selbst schon lange (offiziell, »um weitere Opfer und Schäden zu vermeiden«) vor Putins Soldateska kapituliert (oder erst gar nicht gekämpft) hätte.

Zukunftsperspektiven

Der »Siegesplan« Selenskyjs stellt eine Art Zusammenfassung der außenpolitischen Ziele der Ukraine zur Abwehr des russischen Vernichtungskrieges dar. Es ist allerdings nicht zu sehen, wie er unmittelbar dazu beitragen sollte, eben diesen Krieg zu beenden: Das ist nur auf dem Schlachtfeld möglich, auch wenn viele westliche Politiker, Journalisten, Geschäftsleute und Politikwissenschaftler (davon manche mit guten Kontakten nach Russland oder überhaupt in den Kreml) noch so vehement »Verhandlungen mit Putin« und die Übergabe von ukrainischen Territorien an Russland unter der (weitgehend sinnfreien) Parole »Land gegen Frieden« fordern. Das freilich ist schon von der Verfassung und mehreren Gesetzen der Ukraine ausgeschlossen, was Selenskyj in Rechnung stellen muss – auch wenn er zuletzt einräumte, dass die ukrainischen Streitkräfte derzeit nicht in der Lage sind, die russisch besetzten Gebiete des Landes zurückzuerobern. Die künftigen Chancen dafür würden sich allerdings verbessern, wenn westliche Länder – wie im Siegesplan verlangt – effektivere und weitreichendere Waffen liefern würden, anstatt sich (wie bisher) auf Hardware zu beschränken, die eine Niederlage der Ukraine immer gerade noch verhindert. Eine »Rückholung« der von Russland besetzten Gebiete mittels politischer und diplomatischer Mittel ist angesichts der maximalistischen Kriegsziele Putins in der Ukraine und der Methoden der Kriegführung seiner Armee derzeit und in der überschaubaren Zukunft ausgeschlossen – selbst wenn viele im Westen darauf hoffen mögen.

Das größte Hindernis für Selenskyjs »Siegesplan« ist, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine in der näheren Zukunft sehr unwahrscheinlich ist. Das weiß man natürlich auch in Russland, und dort wird alles getan,

um größtmöglichen Nutzen aus diesem Umstand zu ziehen.

Der Kreml hat immer wieder deutlich gemacht, dass er überhaupt keine Konzessionen zu machen gedenkt. Zur Herstellung von Frieden in der Ukraine müsste daher Russland (also nicht nur seine Armee) mit militärischen und anderen Mitteln in einen Zustand versetzt werden, in dem es den Krieg nicht mehr fortsetzen *kann* – unabhängig davon, was Putin *will*. Die Alternativen

dazu ist eine Zerstörung der Ukraine als Staat und die Unterwerfung ihrer gesamten Bevölkerung. Was das bedeuten würde, lässt sich in den russisch besetzten Gebieten im Osten und Süden des Landes beobachten, wo die ukrainische Kultur zerstört und Menschenrechte systematisch verletzt werden durch Gewalt, Folter, Verschleppung und gar Ermordungen (United Nations Human Rights Monitoring Mission in Ukraine, 2024).

Über den Autor

Dr. *Martin Malek* promovierte in Politikwissenschaften an der Universität Wien. Er arbeitet u. a. am Monitoring von ethnischen Konflikten in der früheren Sowjetunion, der Analyse von Sicherheits- und Militärpolitik der früheren Sowjetrepubliken, den Beziehungen zwischen früheren Sowjetrepubliken einerseits und EU bzw. NATO andererseits, failed-states-Theorien sowie Energiepolitik und Sprachpolitik in Eurasien.

Verweise

- Joint Expeditionary Force (2024): Joint Statement. The Joint Expeditionary Force Leaders' Summit. Tallinn, 17 December, <https://www.stm.dk/media/13572/joint-statement-the-joint-expeditionary-force-leaders-summit-tallinn-17-december-2024jef.pdf>
- Körömi, Csongor (2024): Orbán on Zelenskyy's victory plan: More than frightening. Politico, 17.10.2024, <https://www.politico.eu/article/viktor-orban-volodymyr-zelenskyy-victory-plan-frightening-war-russia/>.
- Lau, Stuart; Melkozerova, Veronika; Gramer, Robbie; Lemire, Jonathan (2024): Washington and Berlin are slow-walking Ukraine's bid for a NATO invitation. Politico, 23.10.2024, <https://www.politico.eu/article/volodymyr-zelenskyy-ukraine-nato-bid-us-germany/?s=09>.
- President of Ukraine (2024): Victory Plan Consists of Five Points and Three Secret Annexes, 16.10.2024, <https://www.president.gov.ua/en/news/plan-peremogi-skladayetsya-z-pyati-punktiv-i-troh-tayemnih-d-93857>.
- RBC-Ukraine (2025): Zelenskyy names countries that oppose Ukraine's NATO membership. 16.01.2025, <https://newsukraine.rbc.ua/news/zelenskyy-names-countries-that-oppose-ukraine-1737041714.html>.
- Rothwell, James (2024): Scholz rejects Zelensky's victory plan for Ukraine. The Telegraph, 25.10.2024, <https://www.telegraph.co.uk/world-news/2024/10/25/germany-scholz-volodymyr-zelensky-victory-plan-ukraine-nato/>.
- Slattery, Gram (2024): Trump blames Ukraine's Zelenskiy for starting war with Russia. Reuters, 18.10.2024, <https://www.reuters.com/world/trump-blames-ukraines-zelenskiy-starting-war-with-russia-2024-10-17/>.
- The Kyiv Independent (2024): Zelensky asked US for Tomahawk missiles as part of victory plan's secret part, NYT reports, 29.10.2024, <https://kyivindependent.com/zelensky-asked-us-for-tomahawk-missiles-as-part-of-victory-plans-secret-part-nyt-reports/>.
- United Nations Human Rights Monitoring Mission in Ukraine (2024): Human Rights Situation During the Russian Occupation of Territory of Ukraine and its Aftermath, <https://ukraine.un.org/sites/default/files/2024-04/2024-03-20-OHCHR-Report-Occupation-Aftermath-en.pdf>.
- Zoria, Yuri (2024): Scholz: No immediate NATO invitation for Ukraine during wartime, supplying Taurus "wrong". EuromaidanPress, 25.10.2024, <https://euromaidanpress.com/2024/10/25/scholz-no-immediate-nato-invitation-for-ukraine-during-wartime-supplying-aurus-wrong>.

Selenskyj stellte in der Rada den »Siegesplan« vor, 16. Oktober 2024

Am 16. Oktober 2024 stellte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den sogenannten Siegesplan dem ukrainischen Parlament vor. Der folgende Text ist eine inoffizielle, von der Redaktion der Ukraine-Analysen angefertigte Arbeitsübersetzung der gekürzten Rede von Selenskyj aus der Werchowna Rada.

»Der Siegesplan der Ukraine ist ein Plan zur Stärkung unseres Staates, zur Verbesserung unserer Lage. Wir müssen stark genug sein, um den Krieg zu beenden. Um sicherzustellen, dass die Ukraine alle ihre verfügbaren Kräfte einsetzt.

Dieser Plan lässt sich in die Tat umsetzen. Das hängt allerdings von unseren Partnern ab. Ich betone: von unseren Partnern. Er hängt definitiv nicht von Russland ab.

Alle Welt sieht, dass Russland nicht auf einen ehrlichen Frieden aus ist. Putin ist wahnsinnig geworden und will nur noch Krieg. Von sich aus wird er sich nicht ändern. Er ist zu sehr in der Vergangenheit verhaftet. Er ist von gestern. Er ist taub für alle anderen.

Aber wir müssen gemeinsam mit unseren Partnern die derzeitigen Rahmenbedingungen ändern, damit der Krieg endet. Unabhängig davon, was Putin will.

Wir alle müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Russland zum Frieden gezwungen wird.

Erinnern wir uns daran, dass ich vor fast zwei Jahren auf dem G20-Gipfel in Indonesien eine Friedensformel vorgeschlagen habe. Dabei handelt es sich um eine Strategie zur Beendigung der russischen Aggression gegen die Ukraine und zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit für das ukrainische Volk basierend auf den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta.

Innerhalb von zwei Jahren haben fast einhundert Länder aus allen Ecken und Enden der Welt die Friedensformel unterstützt.

Ich bin jedem einzelnen Land dankbar.

Wir haben einen erfolgreichen ersten Friedensgipfel abgehalten und bewiesen, dass dieses Verhandlungsformat zur Beendigung des Krieges erfolgversprechend ist.

Aber Russland ist noch nicht bereit für ehrliche Diplomatie und stellt inmitten des Bombenhagels immer mehr Ultimaten.

Dem müssen wir Einhaltung bieten.

Kein russisches Ultimatum ist für die Ukraine hinnehmbar.

Das gewährleisten unsere Soldaten, unser ganzes Volk und unsere Einigkeit. Die Einigkeit der Ukraine. Und die Einigkeit unserer Partner. All dies ist die Grundlage für unsere Fähigkeit, unser Ziel zu erreichen.

Der Siegesplan ist ein Weg zur Stärkung der Ukraine. Das ist genau die Art von Konsolidierung der Ukraine, die wir nicht nur brauchen, um uns zu verteidigen, sondern auch, um eine Brücke zu bauen – eine Brücke zum zweiten Friedensgipfel, der diesem Krieg ein faires Ende für die Ukraine bringen wird.

Heute möchte ich diesen Plan öffentlich vorstellen. Ich wende mich an Sie um der Einheit und Unterstützung der Ukraine willen.

[...]

Der Plan besteht aus fünf Punkten und drei geheimen Anhängen.

Punkt eins betrifft die Geopolitik.

Die Punkte zwei und drei sind militärischer Natur.

Punkt vier bezieht sich auf die Wirtschaft.

Punkt fünf des Siegesplans ist der Sicherheit gewidmet.

Die Punkte sind zeitlich abgegrenzt. Die ersten vier beziehen sich auf die Zeit während des Krieges, um diesen zu beenden. Der fünfte Punkt betrifft die Zeit nach dem Krieg, um Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten.

Punkt Eins ist die Einladung zum NATO-Beitritt.

Wir sind eine demokratische Nation, die bewiesen hat, dass sie den euroatlantischen Raum und unsere gemeinsamen Werte – und andere demokratische Nationen – verteidigen kann.

Russland hat jahrzehntelang die geopolitische Unsicherheit in Europa ausgenutzt, nämlich die Tatsache, dass die Ukraine kein NATO-Mitglied ist. Das hat Russland dazu verleitet, einen Angriff auf unsere Sicherheit zu wagen. Jetzt kann die Einladung der Ukraine zum NATO-Beitritt grundlegend für Frieden sorgen.

Wir wissen, dass die NATO-Mitgliedschaft eine Frage für die Zukunft und nicht der Gegenwart ist.

Aber Putin muss erkennen, dass sein geopolitisches Kalkül nicht aufgeht.

Die Russen müssen spüren, dass ihr Zar geopolitisch verloren hat.

[...] Eine Einladung symbolisiert viel mehr als nur die NATO. Für die Ukraine bedeutet ein entschlossenes Vorgehen in der NATO-Frage auch, dass die europäische Integration für die Ukraine irreversibel ist und es keine Alternative zur Demokratie in der Ukraine gibt.

[...]

Punkt Zwei: Verteidigung.

Es geht um die unumkehrbare Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine gegen den Aggressor.

[...]

Der Schlüssel zur Umsetzung dieses zweiten Punktes des Siegesplans ist daher

- die erfolgreiche Fortsetzung der Kampfhandlungen der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der Ukraine in bestimmten Gebieten des feindlichen Territoriums, um Pufferzonen auf unserem Staatsgebiet zu verhindern;
- die dauerhafte Stärkung der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der Ukraine und die Zerstörung des russischen Offensivpotenzials in den besetzten Gebieten der Ukraine;
- die Unterstützung der Partner bei der Aufstellung von Reservebrigaden für die Streitkräfte der Ukraine;
- der Ausbau der ukrainischen Luftverteidigung bis auf ein Niveau, das ausreicht, um unsere Städte und Dörfer vor russischen Raketen und Drohnen zu schützen, sowie gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen mit unseren europäischen Nachbarn, um russische Raketen und Drohnen in der Reichweite des Luftschuttschirms unserer Partner abzuschießen;
- die Ausweitung der Einsätze mit unseren ukrainischen Raketen und Drohnen sowie Investitionen in den Ausbau ihrer Fertigung in der Ukraine;
- die Aufhebung der Beschränkungen durch unsere Partner für den Einsatz von Langstreckenwaffen auf dem gesamten von Russland besetzten Gebiet der Ukraine und auf russischem Hoheitsgebiet gegen militärische Infrastruktur und die Versorgung der Ukraine mit geeigneten Langstreckenraketen, Drohnen und anderen Waffensystemen;
- die Versorgung der Ukraine mit Echtzeit-Satellitendaten und Daten, die mit anderen nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen wurden.

Für jeden der Unterpunkte des zweiten Punktes des Siegesplans hinsichtlich der nationalen Verteidigung liefert die Ukraine ihren Partnern eine präzise Begründung, was unsere Ziele sind, wie wir sie verwirklichen und wie dies die Fähigkeit Russlands, den Krieg fortzusetzen, mindern wird.

Der zweite Punkt des Siegesplans hinsichtlich der nationalen Verteidigung hat einen geheimen Anhang, zu dem nur diejenigen Partner Zugang haben, die über das entsprechende militärische Unterstützungspotenzial verfügen.

Punkt drei des Plans ist die Abschreckung.

Er hat auch einen geheimen Anhang. Die Staats- und Regierungschefs der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens und Deutschlands haben ihn bereits erhalten.

Einige andere Staaten werden ihn ebenfalls erhalten, und sie können diesem bekannten Konzept der Abschreckung zugunsten der Ukraine mehr Gewicht verleihen.

Die russische Führung handelt nur dann aggressiv, wenn sie überzeugt ist, dass sie keine angemessene und vernichtende Antwort erhalten wird.

Wenn Russland weiß, dass es eine Antwort geben wird, und wenn es weiß, wie diese Antwort ausfallen wird, entscheidet es sich für Verhandlungen und eine stabile Koexistenz, selbst mit strategischen Gegnern.

So kann Russland von einer Aggression gegen die Ukraine und gegen ganz Europa abgehalten werden.

Die Ukraine schlägt vor, ein umfassendes System nichtnuklearer strategischer Abschreckung auf ihrem Staatsgebiet zu stationieren, das zum Schutz der Ukraine vor jeglicher militärischer Bedrohung durch Russland geeignet ist und Russlands weitere Handlungsoptionen folgendermaßen einschränkt: Entweder stimmt Russland einem ehrlichen diplomatischen Prozess zu, um den Krieg zu einem gerechten Ende zu bringen, oder es verliert garantiert die Mittel, den Krieg aggressiv fortzusetzen, wenn die Ukraine das ihr zur Verfügung gestellte Abschreckungspaket im Einklang mit ihren militärischen Zielen einsetzt.

Russland lässt sich also entweder auf den diplomatischen Weg ein, oder es büßt seine Kriegsmaschinerie dauerhaft ein.

Frieden durch Stärke. Peace through strength.

Das funktioniert auf beiden Seiten des Atlantiks gleich gut. Und dieser Punkt kann insbesondere durch die Finanzierung im Rahmen bereits geschlossener Sicherheitsabkommen mit den Partnern und die entsprechende finanzielle Unterstützung gewährleistet werden.

Punkt vier: das strategische Wirtschaftspotenzial der Ukraine.

Die Ukraine verfügt über eine Fülle natürlicher Ressourcen, darunter wertvolle Metalle im Wert von Billionen US-Dollar. Dazu gehören Uran, Titan, Lithium, Grafit und andere strategisch wertvolle Ressourcen, die entweder Russland und seine Verbündeten oder die Ukraine und die demokratische Welt im globalen Wettbewerb stärken werden.

Die Vorkommen kritischer Ressourcen in der Ukraine gehören zusammen mit dem weltweit bedeutenden Energie- und Lebensmittelherstellungspotenzial der Ukraine zu den wichtigsten russischen Kriegszielen.

Und das ist unsere Chance für Wachstum.

Das Wirtschaftswachstum der Ukraine. Die wirtschaftliche Stärke der Europäischen Union ist im Interesse der wirtschaftlichen und in vielerlei Hinsicht auch sicherheitspolitischen Autonomie Europas. Und dies ist eine Gelegenheit für die Vereinigten Staaten und unsere Partner in der G7, mit der Ukraine zusammenzuarbeiten, einem Verbündeten, der eine Gegenleistung für die Investition erbringen kann.

Die wirtschaftliche Säule unserer Strategie hat einen geheimen Anhang, der nur mit bestimmten Partnern geteilt wird.

Die Ukraine schlägt vor, dass die Vereinigten Staaten zusammen mit bestimmten Partnern, darunter die Europäische Union, der die Ukraine angehören wird, und anderen Partnern in der ganzen Welt, ein spezielles Abkommen schließen, um die kritischen Ressourcen der Ukraine gemeinsam zu schützen und in das wirtschaftliche Potenzial zu investieren und dieses gemeinsam zu nutzen.

Auch das ist Frieden durch Stärke. Wirtschaftliche Stärke.

Dies ist ein Abkommen, das den bestehenden ökonomischen Druck auf Russland, d. h. alle bestehenden Sanktionen gegen Russland, die Ölpreisobergrenzen, Exportbeschränkungen nach Russland und andere Maßnahmen, sinnvoll ergänzen und verstärken wird.

Punkt fünf ist für die Nachkriegszeit gedacht.

Nach diesem Krieg wird die Ukraine über eine der erfahrensten und größten Streitkräfte verfügen. Unsere Soldaten haben echte Erfahrungen mit moderner Kriegsführung und erfolgreich Erfahrung mit dem Einsatz westlicher Waffen gesammelt und werden über vielfältige Kenntnisse im Umgang mit NATO-Truppen verfügen.

Diese ukrainische Erfahrung sollte genutzt werden, um die Verteidigung des Bündnisses zu stärken und die Sicherheit in Europa zu schützen.

Dies ist eine würdige Aufgabe für unsere Helden.

Wenn unsere Partner zustimmen, können wir uns vorstellen, bestimmte in Europa stationierte Militärkontingente der US-Streitkräfte durch ukrainische Einheiten zu ersetzen. Nach dem Krieg.

Die Ukrainer haben bewiesen, dass sie diejenige Streitkraft sind, die das russische Böse nicht überwinden kann.

Ich bin jedem Partner – jedem, mit dem wir diese Nachkriegsperspektive erörtert haben – dankbar für den Respekt, der den Ukrainern und unserer Fähigkeit gezollt wurde, in einem Bündnis mit Partnern unbezwingbar zu sein. [...]

Wir hören von unseren Partnern das Wort »Verhandlungen«, das Wort »Gerechtigkeit« fällt jedoch viel zu selten.

Die Ukraine ist offen für Diplomatie, aber für ehrliche Diplomatie.

Aus diesem Grund gibt es die Friedensformel. Sie ist eine Garantie für Verhandlungen, ohne dass die Ukraine gezwungen wird, Ungerechtigkeit erdulden zu müssen. Die Ukrainer haben einen würdigen Frieden verdient.

Der Siegesplan wird den Weg dafür ebnen. Der Siegesplan ist eine Garantie dafür, dass die Wahnsinnigen im Kreml nicht mehr die Mittel haben, den Krieg fortzusetzen. Daher ist der Siegesplan eine Brücke zur Umsetzung der Friedensformel und ein Weg zu ehrlicher Diplomatie.

Aber auf diesem Weg muss die Ukraine stark sein. Sie muss geeint sein. Im Bewusstsein, dass Russland die Ukraine nicht loslassen wird, aber Russland kann und wird die Ukraine verlieren.

Russland muss die Kontrolle über die Ukraine für immer verlieren und sogar den Wunsch nach einer solchen Kontrolle dauerhaft verwerfen. Dies ist die einzige Garantie für das Überleben der Ukraine. Und gleichzeitig ist es der Unterpfeiler für Frieden in Europa.

[...]«

Quelle: Glavcom.ua. Selenskyj stellte in der Rada den »Siegesplan« vor. 16. Oktober 2024. Gekürzte Übersetzung der Rede auf der Grundlage von <https://glavcom.ua/country/politics/zelenskij-u-verkhovnij-radi-prezentuvav-ukrajintsjam-plan-peremohi-povnij-tekst-1026160.html>.

Feministische Außenpolitik für die Ukraine – (k)ein Härtefall?

Niklas Balbon (Global Public Policy Institute (GPPi) und Freie Universität Berlin)

DOI: 10.31205/UA.309.03

Zusammenfassung

Die russische Aggression gegen die Ukraine hat tiefgreifende geschlechterspezifische Dynamiken und betrifft marginalisierte Gruppen anders als die Mehrheitsgesellschaft. Die dadurch entstehenden unterschiedlichen Bedürfnisse können durch eine feministische Analyse besser verstanden und adressiert werden. Die feministische Außenpolitik stellt eine Chance dar, um die Ukraine bei ihrer Verteidigung und bei der Abmilderung der gesellschaftlichen Konsequenzen des Krieges und von Militarisierung zu unterstützen.

Einleitung

Russlands Krieg gegen die Ukraine wird gerne als »besonderer Härtefall« für die feministische Außenpolitik bezeichnet. Auf den ersten Blick erscheint ein solches Urteil durchaus intuitiv – viele Menschen assoziieren Feminismus nicht mit Krieg, sondern mit der gewaltfreien Überwindung gesellschaftlicher Missstände. Dieses stereotypische Denken führt übertragen auf die Ukraine jedoch zu drei folgenschweren Fehleinschätzungen. Erstens ist es ein analytischer Fehlschluss, den feministischen Fokus auf Gewaltfreiheit als Wehrlosigkeit gegenüber imperialistischen Unterwerfungsversuchen wie dem russischen Überfall zu verstehen. Zweitens wird dieses Denken der komplexen Realität des russischen Überfalls auf die Ukraine und der vielschichtigen Geschlechterdimension des Krieges nicht gerecht. Anders ausgedrückt: wer welche Rollen im Krieg einnimmt und von welchen Folgen betroffen ist, unterscheidet sich häufig entlang geschlechtlicher Identitäten. So sind Frauen beispielsweise deutlich stärker von negativen Kriegsfolgen wie Vertreibung, sexualisierter Gewalt und Armut betroffen, während Männer weiterhin den Großteil der Kampfhandlungen tätigen. Diese Unterschiede werden meist erst durch eine dezidiert feministische Analyse-Brille sichtbar und adressierbar. Drittens lässt dieses Denken keinen Platz für die Perspektiven ukrainischer Feminist:innen und marginalisiert somit die Stimmen derer, die mit am stärksten vom Krieg betroffen sind. Wer diesen jedoch aufmerksam zuhört, realisiert schnell, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine dringend feministische Analysen und Antworten – auch von ausländischen Unterstützer:innen der Ukraine – braucht. Wie diese Unterstützung konkret aussehen kann, wurde am Global Public Policy Institute in einem Forschungsprojekt gemeinsam mit ukrainischen Feminist:innen erkundet. Die Ergebnisse zeigen: die feministische Außenpolitik bietet eine Vielzahl an Instrumenten, um die Ukraine bei der Abwehr von Russlands patriarchalem Feldzug und die ukrainische feministische Zivilgesellschaft bei der Abmilderung der negativen gesellschaftlichen Konsequenzen des Krieges und von Militarisierung zu unterstützen.

Deutsche Debatten vs. ukrainische Realitäten

Die Klarheit, mit der ukrainische Feminist:innen die internationale Gemeinschaft zur gleichzeitigen militärischen und zivilen Unterstützung der Ukraine aufrufen, findet in der deutschen Debatte kaum Widerhall. Ganz im Gegenteil: selten wird Feminismus so simplifiziert und bewusst missverstanden wie in der hiesigen Debatte um den russischen Krieg gegen die Ukraine. Dabei entzündeten sich sowohl zwischen den Gegner:innen und Befürworter:innen der noch jungen feministischen Außenpolitik, wie auch innerhalb der feministischen Gemeinschaft hitzige Grabenkämpfe. Im Zentrum dieser Debatten steht die Frage, ob die militärische Unterstützung der Ukraine in Einklang mit feministischen Prinzipien zu bringen ist. Teile der deutschen feministischen Prominenz um Alice Schwarzer haben diese Frage in einer Reihe offener Briefe und Demonstrationen öffentlich wirksam verneint. Mit Blick auf die feministische Ideengeschichte ist diese Positionierung nicht unbedingt überraschend: Dekaden feministischer Forschung zeigen detailliert, wie Militarismus[1] kriegerische Gewalt fördert und gleichzeitig patriarchale Gesellschaftszustände zementiert. So warnen auch ukrainische Feminist:innen mit Nachdruck vor den negativen Konsequenzen der Militarisierung, wie beispielsweise zunehmender häuslicher Gewalt[2]. Dennoch mahnen sie ebenso den Kontext zu berücksichtigen, in dem sie sich befinden, sowie das Dilemma, vor dem sie stehen: entweder die Ukraine verteidigt und militarisiert sich selbst, oder sie wird durch russische Okkupationstruppen zwangsmilitarisiert. Dass die überwiegende Mehrheit ukrainischer Feminist:innen[3] angesichts dieser Möglichkeiten die eigene Militarisierung wählen, sollte niemanden verwunden. Die deutsche Debatte zeigt sich jedoch erstaunlich ignorant gegenüber dieser klaren Positionierung. Das Festbeißen an theoretischen Debatten zur militärischen Unterstützung führt auch dazu, dass weiterführende Handlungspotenziale der feministischen Außenpolitik gegenüber der Ukraine unergründet bleiben.

Feministische Außenpolitik in Theorie und Praxis

Um es gleich vorwegzunehmen: Feministische Unterstützung für die Ukraine wird nicht nur von Staaten geleistet, welche sich einer feministischen Außenpolitik verpflichten. Das Alleinstellungsmerkmal der feministischen Außenpolitik ist jedoch, dass sie Feminismus nicht als Teilgebiet der Außenpolitik, sondern als deren Kernanliegen versteht und – im Idealfall – entsprechend mit politischem Kapital und Ressourcen ausstattet. In der Theorie ist die feministische Außenpolitik ein Ansatz, der Geschlechtergerechtigkeit, die Rechte marginalisierter Gruppen und menschliche Sicherheit ins Zentrum internationaler Politik stellt. Sie hinterfragt Machtstrukturen, betont Inklusion und Diversität in Entscheidungsprozessen und erweitert das konventionelle Sicherheitsverständnis, indem sie Gewaltprävention, nachhaltigen Frieden und soziale Gerechtigkeit priorisiert. Im Gegensatz zur herkömmlichen Außenpolitik, die oft stärker militärisch und nationalistisch geprägt ist, strebt eine feministische Außenpolitik nach einem kooperativen Miteinander, das strukturelle Ungleichheiten und die Ursachen von Gewalt bekämpft.

Die konkrete Umsetzung der feministischen Außenpolitik durch Nationalstaaten weicht empirisch meist von ihren theoretischen Potenzialen ab. Dennoch können wir bei vielen Ländern – inzwischen sind es 13[4] – realpolitische Veränderungen nach Auslobung einer feministischen Außenpolitik beobachten, welche auf mehreren Ebenen stattfinden: (1) durch die Förderung von Gleichstellung und Diversität innerhalb von außenpolitischen Ministerialbürokratien, (2) durch Einfluss auf außenpolitische Richtungsentscheidungen, (3) durch die Einbeziehung von marginalisierten Gruppen in diplomatische Konsultationen und Verhandlungen und (4) durch die Berücksichtigung der Bedürfnisse marginalisierter Gruppen sowie Förderung der feministischen Zivilgesellschaft in der programmatischen Arbeit, beispielsweise in den Bereichen humanitäre Hilfe[5] und Friedensförderung[6]. Mit Blick auf die Umsetzung einer feministischen Außenpolitik für die Ukraine erscheinen hierbei insbesondere die letzten drei Ebenen unmittelbar relevant.

Politische Richtungsentscheidungen und Feministische Diplomatie

Wie bereits erläutert, ist die Richtungsentscheidung, die von Russland angegriffene Ukraine militärisch zu unterstützen, konsistent mit feministischen Prinzipien. Mit Blick auf die Lebensrealität[7] von Menschen unter russischer Besatzung sowie Russlands offen anti-feministischer politischer Agenda, fordern viele ukrainische Feminist:innen[8] sogar eine noch stärkere militärische Unterstützung, welche die Ukraine dazu befähigt, weitere Gebiete zurückzuerobern. Diese Forderung ist nicht nur mit Blick auf das bereits diskutierte Spannungsfeld

zwischen Feminismus und Militär bemerkenswert, sondern unterstreicht auch, dass es durchaus zu Überschneidungen zwischen feministischen und klassischen außenpolitischen Denkart kommen kann.

Mit Blick auf das diplomatische »Alltagsgeschäft« ergibt sich aus feministischer Perspektive die Möglichkeit einer regelmäßigen Einbindung der feministischen Zivilgesellschaft und marginalisierter Gruppen in diplomatische Aktivitäten von Botschaften und Konsulaten. Ein Beispiel hierfür ist der Austausch von Botschaften in Kyjiw mit diesen Gruppen, um deren Bedürfnisse zu verstehen, gegebenenfalls direkt zu adressieren oder ihren Zentralen zu melden. Von größerer Brisanz noch dürfte ein feministischer Blick auf potenzielle Waffenstillstands- oder gar Friedensverhandlungen sein. Zwar ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ersichtlich, ob und wann es zu solchen Verhandlungen kommen wird (vgl. dazu Ukraine-Analysen 306[9] von November 2024). Sollten sie stattfinden, zeigen robuste Erkenntnisse[10] aus der Friedens- und Konfliktforschung, dass die Inklusion von Frauen in Friedensverhandlungen die Wahrscheinlichkeit eines nachhaltigen Friedens erhöht, was die Diversität von Verhandlungsdelegationen auch zu einem relevanten Faktor bei möglichen Verhandlungen zwischen der Ukraine, Russland und potenziellen Drittstaaten macht. Darüber hinaus lehren uns Erfahrungen aus dem Donbas-Konflikt (2014 – 2022), dass das Einfrieren der ehemaligen Konfliktlinie im Donbas erhebliche vergeschlechtliche Konsequenzen hatte. So berichteten OHCHR[11] und Amnesty International[12] von weitreichender sexualisierter Gewalt gegen Frauen in den besetzten Gebieten und an Grenzübergängen zur Ukraine. Sollte es zu einem Waffenstillstandsabkommen und einer neuen Kontaktlinie mit vertraglich festgelegten Grenzübergängen kommen, wäre es aus feministischer Perspektive sinnvoll, diese mit internationalem und geschlechtlich gemischtem Personal auszustatten, um erneuter sexualisierter Gewalt vorzubeugen. Solche Arrangements müssten bereits bei möglichen Verhandlungen berücksichtigt werden.

Feministische Zugänge zu humanitärer Hilfe, Friedensförderung und Wiederaufbau

Während Fragen rund um Verhandlungen (noch) im Konjunktiv diskutiert werden müssen, können wir derzeit in Echtzeit beobachten, wie stark sich die persönlichen und gesellschaftlichen Folgen des russischen Überfalls je nach geschlechtlicher Identität oder Zugehörigkeit zu marginalisierten Gruppen unterscheiden. Im Rahmen des Projektes »Feminist Perspectives for Supporting Ukraine«[13] haben wir diese Konsequenzen zusammen mit ukrainischen und internationalen Feminist:innen (Maryna Shevtsova, Galyna Kotliuk, Yuliia Siedaia, Hanna Hrytsenko, Kseniya Oksamytna

und Felicity Gray) erkundet und Handlungsempfehlungen für feministische Unterstützer:innen der Ukraine erstellt. Die daraus gewonnen Erkenntnisse illustrieren den Handlungsspielraum, den Außenministerien in ihrer programmatischen Arbeit im Bereich humanitäre Hilfe, Friedensförderung und Wiederaufbau haben.

Ein zentraler Ausgangspunkt des Projektes war die Berücksichtigung der Bedürfnisse marginalisierter Gruppen, wie beispielsweise der ukrainischen LGBTQ+-Gemeinschaft. So sind zum Beispiel die spezifischen Herausforderungen von LGBTQ+ Binnengeflüchteten (IDPs)[14] in der Ukraine beachtenswert. Diese sind häufig von doppelter Marginalisierung betroffen, beispielsweise weil sie sowohl als IDPs wie auch als queere Personen am Wohnungsmarkt diskriminiert werden. Internationale Akteur:innen können hier gezielt eingreifen, indem sie Schutzräume schaffen, psychosoziale Unterstützung anbieten und den Zugang zu rechtlichem Schutz sicherstellen. Weitere marginalisierte, aber oft vernachlässigte, Personen sind Individuen mit Behinderung[15]. Ein dezidierter Blick auf die Situation von Menschen mit Behinderung zeigt, dass die russische Aggression das ohnehin fragile Unterstützungssystem in der Ukraine erheblich belastet, da sie Ressourcen begrenzt und gleichzeitig die Zahl der Menschen mit Behinderungen erhöht. Zudem werden die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung häufig sowohl von der eigenen Regierung wie auch von internationalen Unterstützer:innen übersehen, so gibt es beispielsweise kaum rollstuhlgerechte Luftschutzräume und Unterkünfte für IDPs. Aus feministischer Perspektive sind deshalb kurzfristige Maßnahmen wie die Verteilung von Smartwatches an Menschen mit Hörbehinderung notwendig, da diese nicht durch Sirenen vor Raketen, Drohnen und Artillerie gewarnt werden können.

Ein weiteres zentrales Thema ist der Umgang mit geschlechterspezifischer Gewalt[16] in der Ukraine. Bereits seit 2014, aber verstärkt seit 2022 sehen wir, wie sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe eingesetzt wird und wie häusliche Gewalt in Zeiten des Krieges drastisch zunimmt. Diese Gewaltformen spiegeln nicht nur individuelle Verbrechen wider, sondern basieren auf vergeschlechtlichten Machtstrukturen und sozialen Normen, welche Gewalt legitimieren und durch den Krieg verstärkt werden. Darüber hinaus tragen auch kriegsbedingte Armut und Traumata zu einem Anstieg an häuslicher Gewalt bei. Mit Blick auf sexualisierte Gewalt durch russische Truppen gibt es nur eine präventive Maßnahme, welche die Ukraine und ihre Unterstützer:innen ergreifen können: die Befreiung besetzter Gebiete. Mit Blick auf häusliche Gewalt gibt es jedoch einen größeren Werkzeugkasten für ukrainische und internationale Akteur:innen. Dazu gehören Programme

zur medizinischen, psychologischen und rechtlichen Betreuung von Betroffenen sowie Kampagnen zur Entstigmatisierung geschlechtsspezifischer Gewalt. Durch diese kann ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, in dem Betroffene leichter nach Hilfe fragen und befähigt werden, gewalttätige Partner:innen zu verlassen.

Die Rolle von Frauen in der Verteidigung und im zivilen Sicherheitssektor stellt einen weiteren Bereich dar, welcher feministisch analysiert werden sollte. So nehmen Frauen in der Ukraine zunehmend Aufgaben im Militär wahr, ihre Bedürfnisse[17] werden allerdings nicht hinreichend adressiert. Die Konsequenzen fehlender Sensibilität gegenüber Frauen im Militär reichen von fehlender körperlicher Schutzausrüstung, über unzureichende medizinische und psychologische Versorgung bis hin zur fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung ihrer Leistungen. Diese Dynamik spiegelt ein tieferliegendes Problem wider: Die Leistungen von Frauen im Militär werden zwar zunehmend sichtbar, doch gesellschaftlich nicht auf dieselbe Weise wie die Leistungen ihrer männlichen Kameraden wertgeschätzt. So erfahren Frauen während oder nach ihrer Dienstzeit im Militär häufig Diskriminierung und sexistische Beleidigungen. Diese Probleme erfahren Frauen im Militär, sowie ihre Kolleginnen im zivilen Sicherheitssektor[18], insbesondere in der Nationalpolizei und bei staatlichen Notfalldiensten wie Katastrophenschutz und Feuerwehr. Diese Institutionen spielen eine zentrale Rolle in der Resilienz der ukrainischen Gesellschaft und erhalten nennenswerte Unterstützung durch internationale Geldgeber:innen. Trotzdem besteht dort die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen von Frauen zu verbessern sowie die mentale Gesundheit von Mitarbeiter:innen zu fördern. Zudem können Schulungen zu Menschenrechten, Geschlechtergleichstellung und Inklusion dabei helfen, zivile Sicherheitsakteur:innen für den Umgang mit marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu sensibilisieren. Ebenso sind vertrauensbildende Maßnahmen[19] zwischen Bevölkerung und Sicherheitsorganen in frontnähe wichtig, um die dort besonders vulnerable Bevölkerung besser schützen zu können.

Dass der Krieg nicht nur die humanitären Bedürfnisse, sondern auch gesellschaftliche und politische Machtstrukturen[20] verändert, wird mit Blick auf die Verteilung politischer Macht zwischen Geschlechtern deutlich. Zwar übernehmen Frauen in formellen sowie informellen lokalen und regionalen politischen Strukturen verstärkt Verantwortung, jedoch stellen das Kriegsrecht und die zunehmende Versicherheitlichung ziviler Entscheidungsstrukturen strukturelle Hürden für eine noch stärkere politische Partizipation dar. Darüber hinaus fehlen Frauen häufig politische Netzwerke und sie werden mit Vorurteilen, beispielsweise dem Absprechen von Führungsqualitäten, konfrontiert. Die Förderung

der politischen Partizipation von Frauen erfordert die Schaffung von Networking- und Mentoring-Programmen und Bildungsinitiativen sowie die Anpassung institutioneller Rahmenbedingungen, insbesondere innerhalb politischer Parteien. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die während des Krieges entstandenen Verantwortungsgewinne nach dem Krieg wieder verloren werden.

Eine Makroanalyse internationaler Unterstützungsmaßnahmen der Ukraine offenbart zudem, dass es häufig grundsätzlich an geschlechtersensiblen Ansätzen in internationalen Hilfsmaßnahmen[21] fehlt. So zielen viele Programme zwar auf schnelle humanitäre Hilfe ab, ohne dabei jedoch die geschlechtsspezifischen Auswirkungen ihrer Maßnahmen ausreichend zu berücksichtigen. Dies führt zu einer ungleichen Verteilung von Ressourcen und verstärkt bestehende Ungleichheiten. Ein feministischer Ansatz in der internationalen Hilfe würde eine systematische Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Dynamiken in der Planung, Durchführung und Evaluierung von Programmen verlangen. Dies erfordert nicht nur die Einbindung lokaler Akteur:innen, sondern auch eine stärkere Schulung und Sensibilisierung internationaler Teams für die geschlechtsspezifischen Auswirkungen und Verteilungseffekte ihrer Arbeit.

Fazit

Die aufgeführten Beispiele zeigen eindrücklich, dass feministische Blickwinkel nicht nur in Zeiten des Frie-

dens, sondern gerade in Kriegszeiten von Bedeutung sind. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat tiefgreifende geschlechterspezifische Dynamiken und betrifft marginalisierte Gruppen anders als die Mehrheitsgesellschaft. Dies wird erst durch eine feministische Analyse sichtbar und – in einem zweiten Schritt – adressierbar. Die feministische Außenpolitik kann hierbei ein wirksames Vehikel sein, um die vielseitigen feministischen Kämpfe mit politischem Kapital und Ressourcen auszustatten. Dass dies noch nicht in ausreichendem Maß stattfindet, darf uns nicht von den Potenzialen der feministischen Außenpolitik ablenken. Der Krieg gegen die Ukraine sollte deshalb eher als Bewährungsprobe denn als Härtefall für die feministische Außenpolitik verstanden werden.

Die feministische Auseinandersetzung mit Russlands Krieg gegen die Ukraine verdeutlicht außerdem, wie wichtig lokale Stimmen und Perspektiven für die analytische Klarheit in kontroversen Debatten, etwa im Spannungsfeld zwischen Militarisierung und Feminismus, sind. Die meisten ukrainischen Feminist:innen lassen keine Zweifel daran, dass die Militarisierung ihres Landes negative geschlechterspezifische Folgen hat, gleichzeitig jedoch alternativlos ist. Ihr Pragmatismus zeigt, dass es möglich ist, einen emanzipatorischen Abwehrkrieg zu führen und zugleich die gesellschaftlichen Auswirkungen der Militarisierung aktiv zu bekämpfen. Denselben Pragmatismus sollten wir bei unserer Unterstützung der Ukraine beweisen.

Über den Autor

Niklas Balbon ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Global Public Policy Institute (GPPi) und Doktorand an der Freien Universität Berlin. Er ist der Herausgeber der Policy Brief Serie »Feminist Perspectives for Supporting Ukraine« und forscht zur Ukraine und zum Westbalkan.

Weitere Lektüre:

- GPPi Policy Brief Serie, 2024, "Feminist Perspectives for Supporting Ukraine": <https://gppi.net/project/feminist-perspectives-ukraine>
- Maryna Shevtsova (Hrsg.), 2024, "Feminist Perspective on Russia's War in Ukraine", <https://rowman.com/ISBN/9781666932904/Feminist-Perspective-on-Russia's-War-in-Ukraine-Hear-Our-Voices>
- Karin Aggestam, Jacqui True (Hrsg.), 2024, "Feminist Foreign Policy Analysis", <https://bristoluniversitypress.co.uk/feminist-foreign-policy-analysis>

Verweise

- [1] https://www.degruyter.com/document/doi/10.1525/9780520397682/html?lang=en&srsid=AfmBOordhNAK2KTVKX0YO9F2mvT_vxN4kWLiChdtrp4wdPkV8-p7hHze
- [2] https://gppi.net/media/Kotliuk_2024_Hidden-Front-of-Russias-War_ENG.pdf
- [3] <https://rowman.com/ISBN/9781666932904/Feminist-Perspective-on-Russia's-War-in-Ukraine-Hear-Our-Voices>
- [4] https://www.unwomen.org/sites/default/files/2023-09/gender-responsive-approaches-to-foreign-policy-and-the-2030-agenda-feminist-foreign-policies-en.pdf?utm_source=chatgpt.com
- [5] <https://odi.org/en/publications/where-next-for-feminist-foreign-policy-on-humanitarian-response/>
- [6] <https://gppi.net/2023/08/01/feminist-foreign-policy>
- [7] <https://gppi.net/2024/07/30/life-under-russian-occupation-in-ukraine>
- [8] <https://gppi.net/2024/09/30/gender-considerations-in-the-international-response-to-russias-invasion-of-ukraine>
- [9] <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/306/>
- [10] <https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/03050629.2018.1492386?needAccess=true>
- [11] https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Countries/UA/UAReport16th_EN.pdf
- [12] <https://www.amnesty.org/en/documents/eur50/3255/2020/en/>

- [13] <https://gppi.net/project/feminist-perspectives-ukraine>
 [14] <https://gppi.net/2024/04/04/queering-displacement-ukrainian-lgbtq-community>
 [15] https://gppi.net/media/Balbon_2024_From_Awareness_to_Action_ENG.pdf
 [16] <https://gppi.net/2024/06/26/the-hidden-front-of-russias-war-addressing-gender-based-violence-in-ukraine>
 [17] <https://gppi.net/2024/07/24/ukrainian-women-veterans-experience-from-2014-to-the-present>
 [18] https://gppi.net/media/Hrytsenko_2024_Capacity-Building-Civil-Security-Institutions.pdf
 [19] https://gppi.net/media/Friedrich_2024_A_Matter_of_Trust_ENG_final.pdf
 [20] <https://gppi.net/2024/04/04/political-participation-in-kharkiv-gendered-wartime-changes-and-opportunities>
 [21] <https://gppi.net/2024/09/30/gender-considerations-in-the-international-response-to-russias-invasion-of-ukraine>

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2006 zur Ukraine befinden sich auf der Seite der Ukraine-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus und Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf frei im Internet zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
 ISSN 1862-555X © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich
Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>